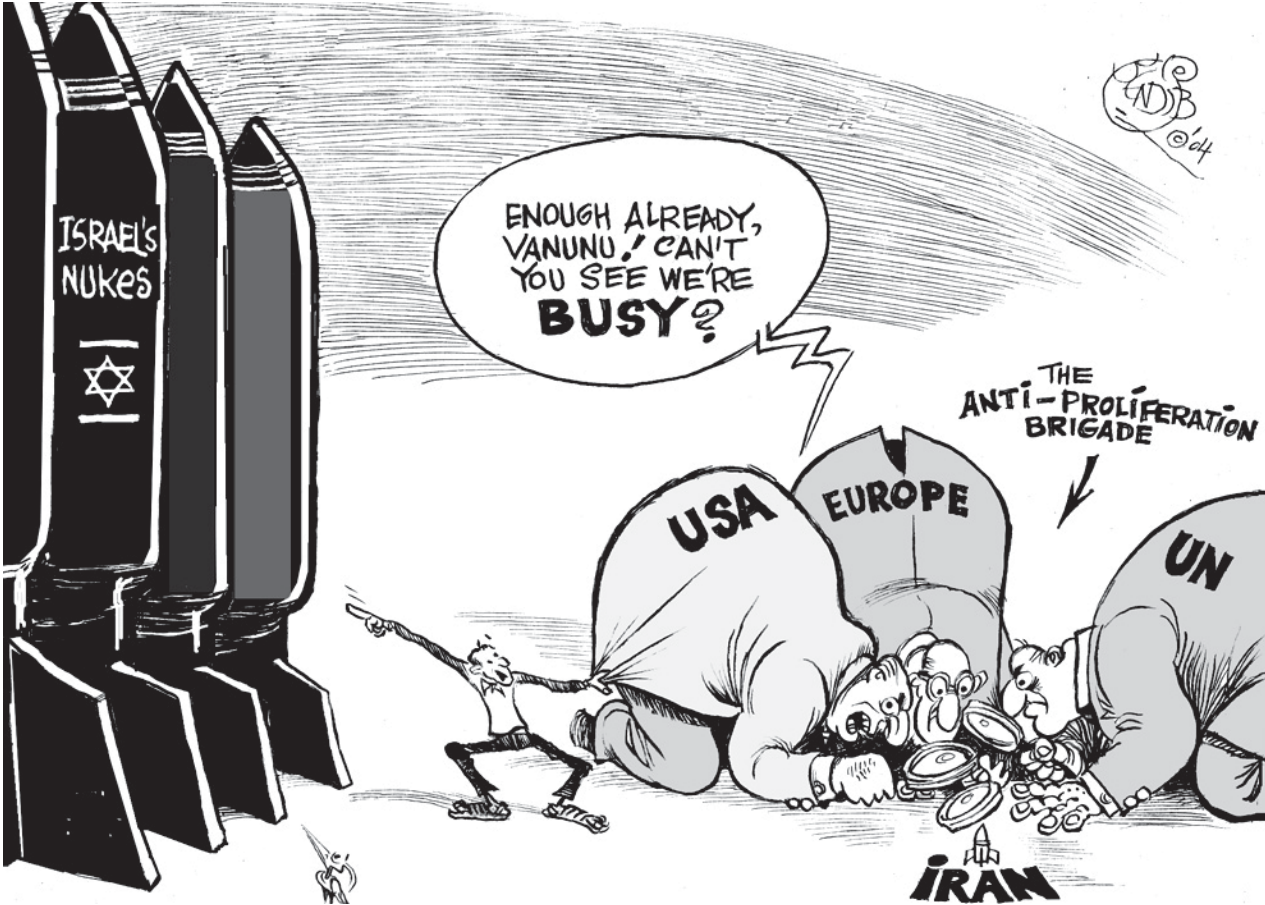




Der israelische Atomingenieur Vanunu versucht verzweifelt, die «Anti-Proliferations-Brigade» aus UNO, Europa und USA auf die israelische Atomwaffenproduktion aufmerksam zu machen. «Jetzt hör mal auf, Vanunu! Siehst du nicht, dass wir beschäftigt sind?» (Karikatur: Khalili Bendip)

US-Militärschlag wird immer wahrscheinlicher Atomkrieg gegen Iran?

Die Hinweise verdichten sich: Ein Militärschlag der USA gegen den unbotmässigen Iran steckt in der letzten Planungsphase. Auch propagandistisch wird das Feld vorbereitet: Während für eine Invasion in Irak die offensichtliche Lüge ausgereicht hat, Irak verfüge über Massenvernichtungswaffen, warum sollte im Fall Iran nicht der Vorwurf ausreichen, dieses Land plane die Herstellung von Kernwaffen?

Von Matthias Goldschmidt

Die neuesten Meldungen und Kommentare sind beunruhigend: Der Ölpreis klettert auf über 70\$ das Fass (Barrel) und ein Ende ist nicht abzusehen. Hauptgrund: Die Händler an den beiden wichtigsten Ölbörsen der Welt, der New Yorker NYMEX (New York Mercantile Exchange) und der Londoner IPE (International Petroleum Exchange), beide fest in US-amerikanischer Hand und ausschliesslich in der Öl- und Gas-handelswährung US-Dollar, «nehmen zukünftige Entwicklungen vorweg». Und das heisst hier konkret: Man «befürchtet» (das ist ein Witz angesichts der fetten Handelsspannen dieser Händler) einen militärischen Schlag der USA gegen den Iran und eine anschliessende Ölverknappung wegen möglicher iranischer Gegenmassnahmen (Lieferstopp des viertgrössten Ölexporteurs, Blockade der Strasse von Hormuz am Ausgang des Persischen Golfes, Zerstörung von Erdöl-anlagen rund um den Golf u.a.m.).

Das Kräfteverhältnis
Tatsächlich wird der Iran nicht nur diplomatisch und propagandistisch, sondern auch militärisch von den

USA zunehmend bedroht. Die USA verfolgen offensichtlich zielstrebig eine Einkesselung Irans und eine wachsende Bereitschaft ihrer Kräfte. So heisst es z.B. bei Georg Schönbäcker in *heise-online* vom 16. April unter dem Titel «Die USA errichten permanente Militärbasen im Irak»: «Entgegen aller öffentlicher US-Rhetorik im Irak-Krieg, auf einen baldigen Truppenabzug hinzuarbeiten, verdichten sich die Hinweise, dass sich die USA auf einen unbegrenzten Aufenthalt im Irak einrichten. Mehrere Militärbasen sind im Ausbau. ... Die permanenten Militärbasen sind durch eine Guerilla-Kriegsführung praktisch nicht verwundbar und stellen Investitionen für eine andauernde politische und strategische Machtprojektion im Nahen Osten dar.» Und Pjotr Gontscharow von Ria-Nowosti seinerseits weist auf die in der Region operierenden US-Flugzeugträger-Gruppen hin: «Vier davon sind am Persischen Golf und zwei an der Südküste des Mittelmeeres stationiert. In jeder Gruppe gibt es einen Flugzeugträger mit jeweils 80 bis 90 modernen Kampfflugzeugen. Die iranischen Luftstreitkräfte haben 360 veraltete Flugzeuge. Der technische Zustand von 40 bis 60 Prozent davon lässt nach

Schätzungen verschiedener Spezialisten zu wünschen übrig. Bei einem solchen Verhältnis ist dem Pentagon die Luftherrschaft nicht nur im Raum des Persischen Golfes, sondern auch in der ganzen Region garantiert, wie dies während der Irak-Kampagne der Fall war. Nicht zu bezweifeln ist auch, dass die US-Fliegerkräfte kein unerwünschtes oder verdächtiges schwimmendes Mittel am Golf und in der Strasse von Hormuz unbeachtet lassen würden. Die ballistische Rakete Fajr-3 und der Hut-Super-Torpedo, auf die iranische Militärs setzen, werden nur von schwimmenden Mitteln aus gestartet. Die Kampfmöglichkeiten Irans stehen den 6 US-Flugzeugträgergruppen auch bei anderen Komponenten wesentlich nach. Einschliesslich der Ausbildung und der Koordinierung der Handlungen.»

Russland und China – die Verbündeten Irans
Aber auch der Iran und seine Verbündeten Russland und China sind nicht untätig geblieben. Am 18. Januar erklärte der russische Verteidigungsminister Sergej Iwanow in einer Diskussion mit der Tageszeitung *Nesawissimaja Gasjeta*, Russland habe mit vor kurzem einen Vertrag unterzeichnet, dem Iran Raketenabwehrwaffen mittlerer Reichweite im Wert von 1 Milliarde Dollar zu verkaufen. «Diese modernen Waffen können Ziele innerhalb einer Reichweite von 25 Kilome-

Fortsetzung Seite 2

Aus dem Inhalt

Geschäfte mit dem Krieg	3
Aceh auf dem Holzweg	4
Peter Gingold wurde 90	4
Olmet: Der Erbe des Löwen	5
NATO-Allianz für die «Freiheit»	6
Profit als Credo	7
Mexico-USA: Mauer muss her!	8

Stoppt den Krieg gegen Iran, bevor er beginnt!

Weltweiter Aufruf

Mit einer u.a. von Ramsey Clark und Harold Pinter initiierten Petition werden derzeit weltweit Unterschriften gegen einen möglichen Militärschlag der USA gegen den Iran gesammelt. In der Petition heisst es u.a.:

Mit grosser Sorge beobachten wir die wachsende Bedrohung durch einen neuen Krieg der USA, diesmal gegen die Bevölkerung des Iran. Die Medien sind voller Berichte über eine angebliche atomare Bedrohung durch den Iran und Spekulationen über die Notwendigkeit einer Militäraktion der USA. Diese Berichte erinnern an die Meldungen über «Massenvernichtungswaffen» in den Monaten vor dem Irak-Krieg. ... Wir alle wissen jetzt, dass diese Propagandakampagne eine totale Fabrikation war, um einen Angriffskrieg zu rechtfertigen. Nun erleben wir Berichte, die nur allzu ähnlich sind, um eine Militäraktion gegen die Bevölkerung des Iran zu rechtfertigen. Iran vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen, ist Vorspiel für ein einseitiges Vorgehen. Genau wie im Fall des Irak hält keine der Behauptungen der US-Regierung einer unvoreingenommenen Prüfung stand. Iran hat sich, weit über die Anforderungen des Atomwaffensperrvertrags hinaus, den eindringlichsten und erniedrigendsten Inspektion unterworfen. Keine der Inspektionen erbrachte irgendwelche Beweise, dass der Iran ein Atomwaffenprogramm entwickelt. Es gibt nur eine einzige Regierung, welche Atomwaffen gegen zivile Bevölkerung eingesetzt hat, und gleichzeitig unterhält dieses Land das grösste Lager an Massenvernichtungswaffen der Welt. Am gefährlichsten und unglaublich ist, dass dieses Land gerade jetzt eine neue Generation von taktischen Atomwaffen entwickelt, die es beabsichtigt, einzusetzen und nicht nur damit zu drohen. Dieses Land sind natürlich die Vereinigten Staaten von Amerika. Sollte nicht jede wirkliche Diskussion über die Gefahren atomarer Waffen die Waffenbestände des Pentagon und die Geschichte der Aggressionen und Interventionen der USA mit einbeziehen? (...)

Es kommt jetzt darauf an, dass sich alle Stimmen gegen die Verwüstungen eines neuen Krieges im Mittleren Osten erheben. Wir dringen auf ein unverzügliches Ende der von Washington betriebenen Kampagne der Sanktionen, der Feindseligkeit und der arglistigen Täuschung gegen die Bevölkerung des Iran. Wir widersetzen uns jeglicher neuen Aggression gegen den Iran. Wir brauchen Mittel für menschliche Bedürfnisse, nicht endlose Kriege für imperiale Herrschaft.

Erstunterzeichner (u.a.): Bischof Thomas Gumbleton; Michael Parenti, Schriftsteller; Ramsey Clark, früherer US-Justizminister; Howard Zinn, Historiker und Schriftsteller; George Galloway und Tony Benn, britische Parlamentsmitglieder; Denis J. Halliday, früherer Vize-Generalsekretär der UNO; Harold Pinter, Literaturnobelpreisträger 2005; Margarita Papandreou, frühere First Lady von Griechenland; Thomas Koppel und Annisette, von der skandinavischen Popband Savage Rose.

Hier kann die Petition unterzeichnet werden: <http://stopwaroniran.org>

Ein Topf ?

Angekündigt und die Millionen locker gemacht, läuft sie nun auf höchsten Touren, die von Bush angekündigte Goodwill-Kampagne in Sachen Kriegsvorbereitungen. Man will aus den Erfahrungen vom Irak-Krieg lernen, hiess es. Gegen wen es diesmal losgeht, welcher Staat der nächste sein soll scheint auch ohne diese PR-Aktion offensichtlich. Geändert hat sich inhaltlich nämlich nichts. Auffällig sind höchstens die etwas subtileren Formulierungen und wie die Schweizer Monopolblätter darauf anspringen. Nur ein Beispiel der Feinheiten: die Basler Zeitung ist dazu übergegangen, Hugo Chavez kaum mehr beim Namen zu nennen. Man schreibt vom «Linksnationalisten» oder vom «bolivarischen Populisten».

Es bleibt beim alten. Wer sich dem US-Wirtschaftssystem nicht unterordnet, kommt in den Schurkenstaaten-Eintopf, die anderen sind Freunde. Dabei spielt es keine Rolle, ob Regierungen demokratisch gewählt wurden (z.B. Venezuela = Schurken) oder ein Scheich mit mittelalterlichen Repressionen die Macht auf «ewig» vererbt (z.B. Saudi-Arabien = Freunde).

Wir sollten es gleich machen. Öffnen wir einen Topf. Werfen wir alle Kriegstreiber samt ihren Waffen hinein und Deckel drauf. Gut verschlossen gibt er eine prächtige Urne ab.

Dazu fehlen uns allerdings noch ein paar Millionen. Deshalb unsere Bitte. Füllen Sie unseren Friedenstopf mit Ihrer Spende.

Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel
PC 40-1627-7

Ruedi Moser



Im Bombenvisier: Die iranische Nuklearanlage bei Busher.

tern treffen und werden wahrscheinlich dazu verwendet werden, Versuchsanlagen im Iran zu verteidigen. Wenn die Lieferungen aus Russland schnell genug erfolgen, können wir mit einer starken Antwort rechnen, falls Versuche gemacht werden, das Land anzugreifen. Mit anderen Worten: Der Iran wird sich selber verteidigen können.» Da diese Waffen jedoch bisher nicht geliefert und aufgestellt worden sind, ist ein gezielter US-amerikanischer Schlag mit Hightech-Präzisionswaffen gegen die iranische Atomindustrie und möglicherweise andere wichtige Infrastrukturen noch vor der Erreichung dieser neuen Stufe iranischer Verteidigungsfähigkeit in der Tat wahrscheinlich.

Und China? F. William Engdahl schreibt in seinem Internetdienst *Geopolitics–Goeconomics* vom 15. Februar: «Im November 2004 nahmen die Beziehungen – interessanterweise zeitgleich mit dem zweiten Bush-Wahlsieg – einen gewaltigen Aufschwung, als China riesige Öl- und Gaslieferverträge mit Teheran unterzeichnete. ... China ist im Gegenzug wichtigster Exporteur industriell gefertigter Güter in den Iran geworden. Es werden Computersysteme, Haushaltapparate und Autos geliefert.

Zusätzlich zu diesen Warenlieferungen ist Peking seit den 1980er Jahren einer der grössten Militärtechnologielieferanten des Iran. ... China hat dem Iran Tausende von Panzern, gepanzerten Personenfahrzeugen und Artilleriezubehör, mehrere Boden-Luft-Raketen, Luft-zu-Luft-Raketen und Marschflugkörper sowie Tausende Panzerabwehr-Raketen, mehr als hundert Kampfflugzeuge und Dutzende kleiner Kriegsschiffe verkauft. ... Zusätzlich versorgte China den Iran mit wissenschaftlichem Know-how, technischer Kooperation, Technologietransfer, Produktionstechnologie, Entwürfen und Dual-use-Gütern, das heisst zivil und militärisch nutzbaren Gütern. Kurz gesagt, der Iran ist mehr als ein strategischer Partner für China.»

Aber gerade weil Russland und China Verbündete Irans sind, ist ein Angriff der USA nicht ausgeschlossen: Es geht der Supermacht auch und langfristig um die Schwächung ihrer Konkurrenten und die Verzögerung ihrer ökonomischen Entwicklung.

Der Krieg wird seit langem vorbereitet

Hinter dem Nebelvorhang aller mehr (Rice) oder weniger (Bolton) diplomatischen Erklärungen laufen die US-amerikanischen Kriegsvorbereitungen offensichtlich bereits seit längerem. Einem Bericht der US-Zeitschrift *The New Yorker* zufolge hat die US-Regierung jetzt aber mit der Detail-Planung von Angriffen inklusive dem Einsatz von Atomwaffen auf Iran begonnen. Im Visier seien vor allem Nuklearanlagen, schreibt der angesehene Autor Seymour Hersh, der sich auf einen Ex-Pentagon-Experten beruft. Laut Hersh laufen inzwischen konkrete, angeblich sogar «hektische» Planungen für Militärschläge gegen Ziele im Iran, auch mit nuklearen Bomben. Die wären geeignet, unterirdisch verbunkerte Urananreicherungsanlagen zu zerstören. Ziel des Präsidenten sei es, so Hersh unter Berufung auf einen Bush-Vertrauten, die iranische Regierung mit dauerhaften

Bombenangriffen zu demütigen, einen Volksaufstand zu provozieren und damit einen Regimewechsel möglich zu machen. Erst vor kurzem hatte Bushs Sicherheitsberater Stephen Hadley öffentlich verkündet, dass die USA sich einen präventiven militärischen Erstschat als Option im weltweiten «Krieg gegen den Terror» vorbehalten will.

Die wahren Gründe

Die offizielle Kriegsbegründung, Iran müsse auf jeden Fall daran gehindert werden, Atombomben zu bauen, sei unglaublich, meinte kürzlich Mohssen Massarrat in der deutschen Wochenzeitung *Der Freitag*. «Pakistanische Atomwaffen, die längst existieren und leicht in die Hände von Extremisten gelangen könnten, stellen eine ungemein grössere Gefahr dar, ohne dass der Westen sie auch nur im Ansatz thematisiert. Einen neuen Krieg, der alle bisherigen seit dem Vietnamkrieg in den Schatten stellen würde, mit der Begründung zu führen, Iran könnte in zehn Jahren Atombomben produzieren, ist noch absurder als die Lüge mit den Massenvernichtungsmitteln, mit denen der Irak-Krieg gerechtfertigt wurde. Mit dem Iran steht für Washington ohnehin wesentlich mehr auf der hegemonialen Tagesordnung als mit dem Irak:

Immerhin war auch Saddams Politik, irakisches Öl in Euro zu verkaufen, ein entscheidender Grund, um ihn durch eine Invasion zu stürzen.

Viertens soll ein Präzedenzfall für eine Neuinterpretation des Atomwaffensperrvertrages geschaffen werden, um unter anderem die Anreicherung von Uran ausschliesslich als Privileg der fünf legalen Atommächte festzuschreiben. Dadurch wären allen anderen Staaten, vor allem den Schwellenländern, die Hände gebunden, einen eigenständigen nuklearen Brennstoffkreislauf aufzubauen. Sie wären stattdessen gezwungen, sich in die Abhängigkeit der Atommächte – besonders der USA – zu begeben, die gerade dabei sind, neue Generationen von kleinen Atommeilern für die Nach-Öl-Ära zu entwickeln und weltweit als strategische Alternative zu den erneuerbaren Energien durchzusetzen. (...)

Der Iran ist nach Afghanistan und Irak das letzte Hindernis auf dem Weg zu einem US-Grossraum Mittlerer Osten. Ginge es allein nach dem Willen der US-Neokonservativen, würde man auch vor einem Flächenbrand nicht zurückschrecken.»

Hinzuzufügen wäre, dass die westliche Kampagne gegen das iranische Atomprogramm umso verlogener ist, als zwei weitere Nachbarn Irans über

solchen Schritt zu ebnen, so der Vorsitzende. Daneschjar untermauerte seine Position, indem er darauf hinwies, dass nicht nur die USA dem Iran wirtschaftliche Schäden zufügen könnten, sondern dass es in der Gegenrichtung genauso gut funktionieren würde.

Allein der Handel des iranischen Öls – das auf 10 Prozent der weltweiten Vorräte geschätzt wird – über diese Börse dürfte sie ausreichend interessant machen, so dass weitere Länder ihre Geschäfte dort abwickeln. Damit könnte eine Kettenreaktion ausgelöst werden, die zu einer fast vollständigen Abwendung vom US-Dollar für den Ölhandel führen könnte.»

US-Dominanz bedroht

Die USA führen 50% mehr Waren ein als aus. Das Aussenhandelsdefizit der USA bedeutet: Europäer, Japaner und Chinesen stellen mehr Güter her, als sie verbrauchen, und US-Amerikaner verbrauchen mehr Güter, als sie herstellen. Trotz einem ständig wachsendem US-Aussenhandelsdefizit waren Europa, Japan und China bisher immer bereit, die negative US-Handelsbilanz durch Kredite beziehungsweise Investitionen zu finanzieren.

Dieses Vertrauen beruht dabei vor allem auf zwei Säulen. Einerseits der Tatsache, dass die USA seit jeher eine

te Schule machen und in anderen Emerging Markets eine Dollar-Verkaufslawine lostreten, was auf den Wert des «Greenback» drücken würde. Das ohnehin rekordhohe US-Leistungsbilanz- und Budgetdefizit wäre dann kaum noch finanzierbar. «Der grösste Alptraum des Federal Reserve Board wäre eine Opec, die in Euro abrechnet», so der amerikanische Journalist und Historiker William Clark.»

Es ist also nicht übertrieben zu sagen, dass der Dollar nach der endgültigen Aufgabe der Goldbindung 1971 seine Rolle als Weltwährung in wesentlichen Teilen aufgrund seiner Funktion im weltweiten Öl- und Gas-handel erhalten konnte sowie der Möglichkeit, die verdienten Dollars gewinnbringend in den USA anlegen zu können. Dies eröffnete den USA seit Jahrzehnten die Möglichkeit, mit billig gedrucktem Geld das zu tun, was jedes Imperium tut: über die Verhältnisse zu leben und eine militärische Supermacht zu unterhalten.

Der schwerste Schlag für den US-Dollar und damit die globale Position der USA könnte somit bevorstehen: Eine Teheraner Ölbörse, an der das wichtige Wirtschaftsgut Öl in Euro statt in Dollar gehandelt wird, könnte sehr wohl der Auslöser für rasche Währungsumschichtungen in den Export-Überschuss-Gebieten sein, also vor allem in China, Japan und der EU. Der Dollar-Wert würde sinken, mit den beschriebenen Folgen.

Ölexperten schätzen, dass die IOB Kunden aus allen Teilen der Welt anziehen würde. Für die Europäer wäre es offensichtlich ein Vorteil, ihr Öl in Euro zu bezahlen. Auch die Russen und die Chinesen hätten gute Gründe, sich zu beteiligen. Russland handelt vor allem mit den Europäern, Japan und China. Das von den Ölimportern aus dem Iran abhängige China könnte auf diese Weise seine Devisenreserven diversifizieren. Sollte sich die iranische Ölbörse im grösseren Stil etablieren, könnten Länder dazu übergehen, ihre Dollars zu verkaufen, statt grosse Dollarbestände anzusammeln.

Eine Kettenreaktion auf den Schwenk zum Euro im gesamten Weltölhandel ist zudem denkbar und zumindest längerfristig wahrscheinlich. Schon haben Venezuela und Russland, also weitere Ölgiganten, ihr Interesse angemeldet. Selbst Norwegen denkt laut über den Verkauf seines Nordseeöls in Euro nach.

In diesem Zusammenhang ist es aufschlussreich, dass die USA den Irak überfielen, als Saddam Hussein Verträge über Öl nur noch in Euro abzuschliessen begann (ab Oktober 2000). Und als Venezuela 2001 Teile seines Öls als Barter-Geschäft (Ware gegen Ware) abzuwickeln anfang, um sich ebenfalls aus dem Dollar zurückzuziehen, wurde gegen Hugo Chávez geputscht.

Der Europäischen Union wäre eine Umstellung des Ölhandels auf den Euro nur recht, würde sie doch die gleichen Vorteile aus dem Welthandel ziehen wie jetzt die USA: Sie könnte Öl und andere Waren für das Geld einführen, das sie selbst macht, statt für Dollar zugunsten allein der USA.

Auch hier gilt: langfristig ist die USA an einer Schwächung und nicht an einer Stärkung der EU interessiert und könnte einen Militärschlag gegen den Iran sowohl als ökonomisches Druckmittel wie auch zur politischen Disziplinierung – für oder gegen die USA, für oder gegen die «gemeinsamen transatlantischen Interessen», für oder gegen die «westliche Wertegemeinschaft» – verwenden.

Gekürzte Version. Der vollständige Text kann bei der UW-Redaktion bezogen werden (comtex@spectraweb.ch).



«Nieder mit den USA!». Kundgebung iranischer Frauen. Foto Getty Images.

Erstens soll durch die gezielte Zerstörung sämtlicher Atomanlagen an zehn bis fünfzehn Standorten Irans Nuklearprogramm unterbrochen werden, um Israels atomare Vormachtstellung in der Region und die Hegemonialposition der USA dauerhaft unantastbar zu machen.

Zweitens soll der Iran als regionale Mittelmacht und damit als Machtfaktor zerbombt werden. ... In Amerikas grossem Plan für den «Grossraum Mittlerer Osten» ist ein mächtiger iranischer Staat gänzlich fehl am Platze.

Drittens soll durch einen Krieg ein Chaos ausgelöst werden, das in eine Revolte unzufriedener Iraner und ethnischer Minderheiten führt, um einen Regimewechsel in Teheran herbeizuführen und eine den USA hörige Regierung zu installieren. Zu diesem Zweck wird auch die Zerstörung von Ölraffinerien nicht ausgeschlossen, um Irans Ökonomie und Infrastruktur zu paralysieren. Auszuschliessen ist auch keineswegs die Spaltung des Vielvölkerstaates Iran. Sollte ihre Rechnung aufgehen, würden die USA die Öl- und Gasreserven des Mittleren Ostens vollständig kontrollieren. Es würde zudem der iranische Plan zunichte gemacht, durch eine für März geplante Ölgbörse den Dollar als Ölleitwährung abzulösen.

atomare Mittelstreckenraketen verfügen, jedoch vom Westen sorgsam gepflegt und gehätschelt werden: Indien und Israel. Beide sind im Gegensatz zum Iran weder Mitglied des Atomwaffensperrvertrages noch in irgendeiner Weise gewillt, an einer atomwaffenfreien Zone mitzuwirken, wie dies der Iran übrigens vorgeschlagen hat.

Des Pudels Kern – die Iranische Ölbörse IOB

Kommen wir noch einmal zurück auf das Öl oder, genauer, den internationalen Handel mit Erdöl und Erdgas in Dollar.

Es heisst im *online-Stern* vom 7.12.2005 unter dem Titel «Iran: Überlegungen zum Verkauf von Öl in Euro»: «Der Vorsitzende der Energiekommission des Parlaments im Iran, Kamal Daneschjar, sagte gegenüber der iranischen Nachrichtenagentur ISNA, dass man bereits vorbereitende Massnahmen getroffen hätte, um Ölverkäufe in Zukunft über den Euro abzuwickeln.

Zunächst soll die Umstellung schrittweise erfolgen und dann schliesslich ganz auf den Euro übergehen. Glücklicherweise hätte man jetzt eine Regierung, die den nötigen Mut aufbringe, um den Weg für einen

unbedingte Bereitschaft gezeigt haben, die eigenen Interessen mit Gewalt zu vertreten und dabei auf die derzeit grösste Militärmacht der Welt zurückgreifen können. Andererseits aber auch, dass der internationale Ölhandel nach wie vor fast ausschliesslich in US-Dollar abgerechnet wird, der Bedarf an dieser Währung also hoch ist.

Der Wechselkurs des Dollar wird wesentlich dadurch gestützt, dass ausserhalb der USA sehr grosse Dollarbestände gehalten werden müssen, um die Ölimporte mit Dollar zu bezahlen. Mit zunehmendem Abrechnen des Ölhandels in Euro – oder auch anderen wichtigen Währungen – würde der Dollar zwangsläufig abgewertet. Der Druck, die Zinsen in den USA zu erhöhen, würde zunehmen, um die wegen des riesigen Zahlungsbilanzdefizits der USA notwendigen Kapitalimporte aufrechtzuerhalten. Bei höheren Zinsen würde die Blase auf den US-Immobilienmärkten zweifellos platzen – und das eine Kettenreaktion auf den Finanzmärkten auslösen.

Dazu heisst es in der *Schweizer Bank* vom 19. März unter dem Titel «Kommt der iranische Petro-Euro?»: «Ein ganz anderes Vorhaben Irans wäre eine allfällige Umstellung (des Ölhandels von Dollar auf Euro) könn-

Was alles verheimlicht der Bundesrat?

Geschäfte mit dem Krieg

Im letzten Jahr hat die Schweiz für 257,7 Millionen Kriegsmaterial Franken exportiert, 2004 waren es noch 402,2 Mio. Fr. Hat der frühere Rüstungsproduzent Bundesrat Christoph Blocher im Bundeshaus auf den Tisch geklopft, dass im letzten Jahr weniger Kriegsmaterial exportiert wurde? Dann hätte sich Blocher vom Saulus zum Paulus gewandelt, denn Blochers Firma Patvag produzierte seinerzeit Zünder für Minen.

Von Heinrich Frei

Die fünf hauptsächlichsten Kunden der Schweizer Todesindustrie waren 2005 Deutschland (58,8 Mio. Fr.), Dänemark (31,3 Mio. Fr.), die USA (28,5 Mio. Fr.), Schweden (17,5 Mio. Fr.) und Spanien mit 15,9 Mio. Franken. 31 Prozent dieser Rüstungsverkäufe entfielen auf Munition und Munitionsbestandteile, 19 Prozent auf gepanzerte Landfahrzeuge und Teile dazu, 13 Prozent auf Flugzeuge und Ersatzteile dazu und 15 Prozent auf Ersatzteile für Feuerleitgeräte.

Seit 1975 hat unser Land für über 11 Milliarden Franken Kriegsmaterial exportiert, zu einem grossen Teil nach Staaten die Krieg führten, in Spannungsgebiete und an Länder die die Menschenrechte mit den Füßen traten. Daneben finanzierten Schweizer Banken Waffengeschäfte und Schweizer Rüstungsgüter wurden im Ausland in Lizenz nachgebaut.

Wie Nationalrat Hans Widmer an der 1. Sitzung des «Bündnisses gegen Waffenausfuhren» am Dienstag, den 21. Februar 2006 in Bern erklärte, wird demnächst die interparlamentarische Kommission, die die Kriegsmaterialausfuhrpolitik des Bundes untersucht hat, ihren Bericht veröffentlichen. Sicher nicht offen gelegt wird, ob politische Parteien oder einzelne Politiker von Rüstungsfirmen «Sponsorgelder» kassiert haben, von der Ruag, von der Mowag (heute eine US-Firma), von Oerlikon-Contraves (heute eine deutsche Firma) usw. Oerlikon-Bührle liess früher, wie mir bekannt ist, namhafte Beträge in Parteikassen fliessen.

Wohin gehen die Ruag-Exporte?

Aus den Informationen des Staatssekretariates für Wirtschaft (SECO) über die Kriegsmaterialexporte des letzten Jahres geht nicht hervor, ob Schweizer Firmen zusätzlich ausländischen Rüstungsfirmen Kleinbestandteile verkaufen die nicht als Kriegsmaterial registriert werden, ob

dies unterlassen wird mit der Begründung «der Wert dieser Bestandteile sei zu geringfügig oder sie seien auch zivil verwendbar». Geheim gehalten wird vom SECO auch, welche Firmen Kriegsmaterial exportieren, wie viel und was sie verkaufen. Wir wissen nicht, wohin überall z. B. die Ruag, der Rüstungskonzern des Bundes, seine Clusterbomben und Minen und diese fürchterliche Penetrator-Munition liefert, die sich in «weichen» Zielen – menschlichen Körpern – zuverlässig quer stellt und sich überschlägt, statt sie einfach zu durchdringen. Die Ruag ist eine 100-prozentige staatliche schweizerische Aktiengesellschaft und, nach eigenen Angaben, Marktführer für kleinkalibrige Munition in Europa. Zum Ruag Konzern gehören mittlerweile zwei der bedeutendsten Anbieter von Kleinkalibermunition in Europa: Dynamit Nobel (Deutschland) und Norma Precision AB (Schweden). Die schweizerische Tochterfirma Ruag Ammotec beliefert unter anderem die Bundeswehr mit der Penetrator-Munition. Wir wissen auch nicht, welche Geschäfte die Ruag im Ausland tätigt, um die schweizerische Ausführungsbestimmungen vollends auszutricksen.

Was treibt Rheinmetall?

Wir wissen auch nicht genau, welche Produkte der grösste deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall von seiner Firma Oerlikon-Contraves in der Schweiz aus ins Ausland verkauft. Sind es nur Ersatzteile für Feuerleitgeräte? Laut Nationalrat Paul Günter gehen genauere Informationen über Waffenexporte, «die genauen Zahlen nur an die Geschäftsprüfungsdelegierten» des Parlamentes. Falls die genauen Zahlen der Kriegsmaterialexporte bekannt gegeben würden, «könnte man ja sonst noch auf die Idee kommen, eine Firma zu boykottieren», schrieb Günter (E-Mail vom 18.02.06) Wenn Glarner Schabziger exportiert wird, wird nichts verheimlicht, die Glarner sind sogar noch stolz. Eigentlich ist es verständlich, dass sich der Bundesrat weigert transparente Angaben zu liefern: Es ist nämlich gerade für das Ausland sicher unverständlich, dass die neutrale Schweiz als «Mutterland» des IKRK und Depositärstaat der Genfer Konvention Rüstungsgüter exportiert, sogar an Staaten die Krieg führen und Gefangene foltern lässt wie die USA und Grossbritannien.

Deutschland: Und morgen die ganze Welt...

Grösster Kunde der Schweizer Rüstungsindustrie war im letzten Jahr Deutschland (58,8 Mio. Fr.) Dieses Land hat zwar nicht direkt am Krieg gegen den Irak teilgenommen, war aber für die US-Streitkräfte das wichtigste Aufmarschgebiet. Über Frankfurt Airbase, Ramstein und Spangdahlem wurden Kriegsmaterial und Soldaten in Kriegsgebiet gebracht. Über Vilseck, Mannheim und die Häfen von Emden, Bremen, Bremerhaven und Nordenham hat man ebenfalls Kriegsmaterial in die Golfregion verfrachtet. Die in Deutschland stationierten britischen und US-Truppen wurden in grosser Zahl ins Kriegsgebiet verlegt. In Grafenwöhr fand im Februar 2003 das zentrale (Simulation)-Kriegsvorbereitungsmanöver «Victory Scrimmage» statt. Im Irak waren Agenten des deutschen Geheimdienstes als Zielmarkierer für US

Bombenangriffe tätig, wie jetzt bekannt wurde. Heute stehen deutsche Streitkräfte in Krieg gegen den Terror in Afghanistan im Einsatz. Und morgen?

Deutschland ist mehr als 16 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges immer noch nicht atomwaffenfrei. Eine Studie vom Winter 2004/5 zeigte auf, dass die USA noch 480 Atomsprenköpfe in Europa einsatzbereit halten, 150 davon in Deutschland auf dem Fliegerhorst Büchel bzw. auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein. 60 dieser Waffen, von denen jede bis zur 6-fachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe hat, würden im Kriegsfall von deutschen Bundeswehrpiloten mit deutschen Tornado-Jets ins Ziel gebracht. Die technische und politische Beteiligung des Nicht-Atomwaffenstaates Deutschland an der nuklearen Strategie- und Einsatzplanung der NATO wird als «nukleare Teilhabe» bezeichnet.

Kommt neue Initiative?

Kurz nach Drucklegung dieser Zeitung trifft sich am 30. April 2006 in Bern die Vollversammlung der GSoA, um über die Lancierung einer Waffenausfuhrverbotsinitiative zu beraten und zu beschliessen. Gemäss dem publizierten Entwurf würde die Ausfuhr und Durchfuhr von Kriegsmaterial, besonderen militärischen Gütern und Immaterialgütern einschliesslich Technologien, die mit Kriegsmaterial in direkter Beziehung stehen, verboten. Vorgesehen im Text ist auch eine Übergangsbestimmung zur Unterstützung von Regionen und Beschäftigten, die durch Produktionseinstellungen besonders betroffen wären.

Falls die Initiative beschlossen wird, organisiert die GSoA am 20./21. Mai 2006 in Thun ein Schulungs- und Infowochenende für mögliche Unterschriften-Sammlerinnen und Sammler.

Nähere Infos bei GSoA, Postfach, 8031 Zürich oder im Internet unter www.gsoa.ch

Chirac und die Atomwaffenkeule

Auch Frankreich gehört seit Jahren zu den guten Kunden der Schweizer Todesindustrie. (2005 15,3 Mio. Fr.) Der französische Präsident Chirac hat gerade kürzlich wieder Staaten, «die gegen uns auf terroristische Mittel zurückgreifen», mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht. Frankreich müsse in der Lage sein, hart gegen das Machtzentrum eines feindlichen Staates sowie dessen «Handlungsfähigkeit» vorzugehen. Frankreich gibt jährlich 3,5 Milliarden Euro für sein Nuklearwaffenarsenal aus. Zitat: «Die Garantie unserer strategischen Versorgung und die Verteidigung der verbündeten Länder gehören unter anderen zu den Interessen, die es zu schützen gilt», sagte Chirac. Bereits in seiner Grundsatzrede am 8. Juni 2001 hatte Chirac mit dem Einsatz seiner nuklearen Streitmacht gedroht. Damals warnte er Staaten, die europäisches Territorium mit nuklearen, biologischen oder chemischen Waffen bedrohen wollten, davor, eventuelle feindliche Absichten zu verwirklichen, da sie sich dadurch selbst erheblichen Schäden aussetzen würden.

Trotz dieser Drohungen Frankreichs mit Atombomben üben immer wieder Schweizer Militärpiloten zusammen mit der französischen Luft-



Menschenrechtsverletzungen durch die USA? Kein Problem für die Schweizer Waffenexporte. Karikatur: Rainer Hachfeld/ND

waffe, unter anderem das Auftanken in der Luft, die so genannte Grossraum-Luftkriegstechnik. Vor sechs Jahren übten 120 Soldaten und 12 Panzer Frankreichs zusammen mit einem Westschweizer Panzerbataillon im Glarnerland. «Partnerschaft für den Frieden» nennt sich dies.

Saudiarabien: Und die Menschenrechte?

Auch im letzten Jahr war Saudiarabien, im Pulverfass des Nahen Ostens, wiederum Kunde der Schweizer Rüstungsindustrie. Zwar nur für bescheidene 3,5 Mio. Fr. diesmal, doch die Schweiz lieferte von 1975 – 2005 für über eine halbe Milliarde Franken Kriegsmaterial nach Riad! Die Situation in Saudi-Arabien war in dieser Periode von schweren Menschenrechtsverletzungen geprägt, wie Amnesty in ihren Jahresberichten, und auch wieder im Bericht 2003 schrieb. Die Behörden in Saudi-Arabien nahmen im Berichtszeitraum 2003, laut Amnesty, «Hunderte religiöse Aktivisten, Kritiker der Regierung und Demonstranten in Gewahrsam und verhafteten Personen, die aus Drittstaaten nach Saudi-Arabien zwangsrückgeführt worden waren. ... Folterungen und Misshandlungen in Haft waren nach wie vor an der Tagesordnung. ... Mindestens 50 Menschen wurden hingerichtet. ...Die Regierung gab dem Ersuchen von Amnesty International, Delegierte ins Land einreisen zu lassen, erneut nicht statt. ...Gerichte verhängten nach wie vor die Prügelstrafe und verurteilten Menschen zur Amputation von Gliedmassen. So erging beispielsweise die Prügelstrafe gegen eine Lehrerin, die zusätzlich zu einer dreieinhalbmönatigen Gefängnisstrafe zu 120 Peitschenhieben verurteilt wurde.» Sogar Augen werden in Saudiarabien ausgestochen, bei unserem guten Waffenkunden, nach dem religiösen Grundsatz Auge um Auge, Zahn um Zahn... Wie heisst es doch so schön in Artikel 5 der schweizerischen Verordnung über das Kriegsmaterialgesetz: «Bei der Bewilligung von Auslandsgeschäften und des Abschlusses von Verträgen nach Artikel 20 KMG sind zu berücksichtigen: (...) die Situation im Innern des Bestimmungslandes; namentlich sind zu berücksichtigen die Respektierung der Menschenrechte (...)»

Kein «Heiliger Stuhl der Menschenrechte»

Was gegen den Export von Rüstungsgütern nach den USA und Grossbritannien spricht ist weitgehend bekannt. Beide Staaten führen im Irak und in Afghanistan noch Krieg und lassen Gefangene foltern. Bundesrat Pascal Couchepin meinte zwar, die Schweiz sei nicht der Heilige Stuhl der Menschenrechte. Er liess dies verlauten im Zusammenhang mit den Gefangenentransporten und den Ge-

heimgefangnissen des US-Nachrichtendienstes CIA, in denen gefoltert wird. Aber die Schweiz ist immerhin, wie schon oben erwähnt, Depositärstaat der Genfer Konventionen und hat damit eine besondere Verantwortung für das humanitäre Menschenrecht.

Beihilfe zum Mord

Zum Schluss seien die Fragen gestellt: Wann wird die Schweiz ihre Kriegsmaterialexporte einstellen und ganz auf die Produktion von Rüstungsgütern verzichten? Waffenexport ist Beihilfe zum Krieg, zum Mord! Warum die Rüstungsindustrie der Schweiz nicht auf zivile Produktion umstellen? Warum die Schweiz nicht zu einer demilitarisierten Zone erklären, ohne Armee, ohne Wehrpflicht, wie die autonomen finnischen Gebiet Ålandinseln (Ahvenanmaa), die 6'429 Inseln und Schären zwischen Schweden und Finnland im Bottnischen Meerbusen?

In Kürze

Hoffnung für Mumia?

Unter dem Vorwurf des Mordes an dem Polizisten Daniel Faulkner wurde der afroamerikanische Journalist und Schriftsteller Mumia Abu-Jamal im Sommer 1982 im Schnellverfahren zum Tode verurteilt. Seither sitzt er im Todestrakt von Pennsylvania.

Verschiedentlich haben wir in der UW über den Kampf Mumias, der immer seine Unschuld betont hatte, um ein neues Verfahren berichtet. Die Berufungsinstanz des 3. Bundesbezirksgerichts entschied nun Ende letzten Jahres, von 29 Beschwerdegründen im Berufungsantrag der Verteidigung drei zur Prüfung vor Gericht zuzulassen.

Das 3. Bundesbezirksgericht wird vermutlich im Frühjahr, spätestens im Frühsommer, über die Berufung in diesen drei Punkten zu entscheiden haben. Wenn eine Revision auch nur in einem dieser Punkte zugelassen wird, bedeutet das die Wiederaufnahme des Verfahrens. «Inzwischen liegen so viele Beweise vor, dass ich mir nichts anderes vorstellen kann, als dass Mumia den Gerichtssaal dann als freier Mann verlassen wird», betonte Prof. Linn Washington kürzlich in einem Gespräch mit dem ND. «Doch auch die beiden Optionen lebenslange Haft oder Bestätigung der Todesstrafe stehen noch im Raum. Der Fall Mumia Abu-Jamal ist kein rein juristisches Verfahren, sondern ein Politikum. Deswegen betone ich: Es geht ums Ganze: Freiheit oder Tod. Jetzt kommt es darauf an, eine breite Solidaritätsbewegung zu mobilisieren.»

Rettet den Regenwald

Aceh auf dem Holzweg

Von Marianne Klute

In weiten Bögen strömt der Simpang Kiri durch die tief liegenden Gebiete des Leuser-Nationalpark zum Meer. Weiter nördlich fliesst er als Simpang Alas durch die Stadt Kutacane. Der Alas enspringt am Gunung Leuser, dem Dreitausender, der dem Nationalpark seinen Namen gibt. Bevor der Simpang Kiri schliesslich bei Singkil in den Indischen Ozean mündet, mäandert er durch ein biologisch einzigartiges Sumpfgebiet.

Wir fahren in einem niedrigen Sampan den Simpang Kiri hoch: Feri Irawan von MANDELA und Yashut von WALHI Kutacane, zwei Umweltschutzorganisationen, ein Reporter der Tageszeitung Serambi (Aceh) und ein lokaler Bootsführer. Die Flüsse sind hier im Südwesten der indonesischen Provinz Aceh bevorzugte Transportwege, besonders für Holz.



Die Provinz Aceh
Grösse: 5 Mio Hektar (Ha); Waldfläche: 3,1 Mio Ha; Geschützter Wald: 2,7 Mio Ha; Produktionswald: 0,64 Mio Ha; Torf-Sumpfgebiet Kluet: 0,12 Ha

Drei Susilo, eine lokale Zibetkatzenart, vergnügen sich beim Fischfang, ein bunter Tukan fliegt über den Fluss, aus dem Ufergebüsch kriecht eine lange Schlange zum Wasser. Ketten-sägen kreischen.

Die Holzfäller in der Nähe des Ufers – sie verstecken ihre Stiehl-Sägen notdürftig unter Gestrüpp vor uns – haben leichte Arbeit. Hohe Bäume gibt es hier nicht mehr. Die Fäller machen nur noch Kleinholz und roden den Boden für den (illegalen) Anbau von Ölpalmen.

Wir geben vor, einen Naturfilm drehen zu wollen. Zögernd geben die Männer Auskunft über ihre Arbeit, ihren Verdienst und ihren Chef. Sie wissen genau, wohin das Holz der Bäume, die hier standen, geliefert wurde: über Fluss und Strasse nach Medan in Nord-Sumatra oder vom Hafen in Singkil mit Schiffen nach Singapur und Malaysia.

Weiter oben reiht sich Holz-lagerstätte an Holzlagerstätte. Es ist Schnittholz, direkt an Ort und Stelle gesägt und aus den höher gelegenen Regionen über Holzrutschen ans Ufer transportiert, teilweise aus Entfernungen von über 20 km. Arbeiter von der Insel Nias flözen das Holz dann bis zum Hafen in Singkil oder zu flachen Uferstellen, wo es auf Lastwagen verladen und dann nach Medan in Nord-Sumatra gebracht wird.



Illegaler Holzschlag in Papua West Guinea. Foto zvg.

Die Niasser lächeln verlegen. Sie wissen, was sie tun. Aber sie tun es, weil sie doppelt soviel verdienen wie normal, nämlich fünf Euro am Tag.

Illegaler Holzeinschlag im Süden von Aceh

Seit Mai 2005 und besonders seit Mitte des Jahres 2005 beobachten Umweltschützer im Süden von Aceh verstärkte Aktivitäten von illegalen Holzfällern. Die «Hotspots» für das Geschäft mit dem wertvollen Tropenholz aus dem letzten grossen Naturschutzgebiet Sumatras, dem Leuser-Nationalpark mit dem ihn umgebenden Ökosystem, liegen bei Kutacane (Bezirk Aceh Tenggara in Südost-Aceh) und an der Küste bei Singkil (Bezirk Aceh Selatan in Süd-Aceh).

Die Holzeinschlagsunternehmen rekrutieren Arbeitskräfte unter dem Vorwand, das Holz würde für den Wiederaufbau von Aceh benötigt. Die lokale Bevölkerung bestätigt, dass die schwer mit Holz beladenen Lastwagen in den ersten Monaten nach der Tsunami-Katastrophe sogar Auf-schriften wie «Für den Wiederaufbau von Aceh» trugen. Jetzt fahren die Holzlaster doppelt so viele Touren wie vor dem Tsunami. Allein aus dem Sumpfgebiet um Singkil kommen nach Recherchen von MANDELA und WALHI Kutacane täglich etwa 20 LKW-Ladungen mit circa 15 m3 .

MANDELA-Mitarbeiter und WALHI-Freiwillige fotografierten sogar mit Holz beladene, von der Holzmafia eingesetzte LKWs internationaler Hilfsorganisationen. Zwar achten die meisten Hilfsorganisationen darauf, kein illegales Holz beim Wiederaufbau zu verwenden, doch haben sie kaum Kontrolle in den von der Hauptstadt Banda Aceh weit entfernt liegenden Gebieten im Süden von Aceh.

«Das meiste Holz ist erstklassige Ware», erklärt mir Yashut von WALHI Kutacane. Bevorzugte Holzarten sind Semaram, Merbau, Kruing und Meranti: sie erzielen höhere Preise auf dem internationalen Markt. Ein Kubikmeter kostet 18 Mio. Rupiah, entsprechend 1.600 Euro. Für das Gebiet Singkil allein bedeutet dies täglich: 20×15×1.600 bzw. eine halbe Million Euro.

«Klar, dass das Holz nicht für Aceh bestimmt ist», sagt Yashut. «Es wird illegal ins Ausland exportiert.»

Überschwemmungen mit verheerenden Folgen

Kutacane liegt in einem Tal zwischen zwei Flanken des Leuser-Gebirges, mit direkter und guter Strassen-verbinding nach Medan in Nord-Sumatra. Die Stadt ist nur durch eine Bergkette von Bukit Lawang am Bohorok getrennt, wo am 2. November 2003 mehr als zweihundert Menschen, auch Touristen aus Deutschland, bei Überschwemmungen sterben mussten, erschlagen von Tausenden im Leuser-Nationalpark illegal gefälltten Holzstämmen.

Gerade die Gegend um Kutacane leidet unter dem Kahlschlag im südlichen Leuser. Seit den 80er Jahren wird sie immer häufiger von Erd-rutschen und Überschwemmungen heimgesucht. Allein 2005 musste Kutacane zwei tödliche «Flash Floods» erleiden, am 15. April und zuletzt am 18. Oktober.

Ursache dieser Überschwemmungen sind tropische Regenfälle, die verheerende Ausmasse erreichten, weil die kahl geschlagenen Berghänge das Regenwasser nicht mehr aufnehmen können und die Wassermassen die Holzlagerstätten mit den illegal geschlagenen Tropenhölzern mit sich reissen.

«Woche für Woche erlebt Aceh Blitzfluten», sagt Bambang Antariksa von WALHI Aceh. Bambang beobachtet, dass im Namen des Wiederaufbaus Acehs der Wald übermässig gefährdet, dass im Leuser immer ungehemmter Holz eingeschlagen wird



und dass dies keineswegs den Flüchtlingen und Obdachlosen zugute kommt. «Wir schaffen uns neue Katastrophen», sagt Bambang.

Tatsächlich forciert die Holzmafia im Schatten des Wiederaufbaus den illegalen Holzeinschlag. Die Wälder in der Nähe von Kutacane sind ein Zentrum dieser kriminellen Aktivitäten. Die Holzmafia hier ist skrupellos. Sie bedroht und schikaniert Umweltschützer und Bevölkerung, sie kontrolliert die lokale Presse, sie hat direkte Verbindungen zu hohen Politikern und Militärs. Über die Checkpoints des Militärs auf der Strecke nach Medan lacht die Holzmafia nur. Unbehelligt donnern die schweren Lastwagen daran vorbei. Bisher erfreuen sich die Holzbarone immer noch ihrer Profite – und der Straflosigkeit.

Das könnte jetzt anders werden. Mitarbeiter von MANDELA «verfolgen» seit einem halben Jahr gezielt die illegalen Aktivitäten der Holzmafia bei Kutacane. Die Polizei und das Forstministerium von Nord-Sumatra konnten im Dezember 2005 Lastwagen voller Holz konfiszieren. Bisher hat sich der Besitzer noch nicht gemeldet. Ein grosser Erfolg aber ist die Aufdeckung des Holzmafia-inges, dem Marzuki Desky, genannt Kiki, der Sohn des Bupati (Bezirks-präsident) von Kutacane, Armen Desky, und weitere bekannte Politiker oder deren Familienmitglieder angehören.

Kiki steht jetzt in Jakarta vor Gericht. Wenn die nationale Justiz den Mut aufbringen sollte – die Staatsanwaltschaft und die Richter des Bezirks Kutacane scheinen da ängstlicher zu sein – Kiki zu verurteilen, würde dies nicht nur ihn treffen. Sein Vater Armen Desky soll, so sagt ein anonymer Forest-Ranger, zusammen mit Mitgliedern des Bezirksrats und Militärs, die Kontrolle über den illegalen Holzeinschlag in ganz Südost-Aceh ausüben. Auch politisch plant Bupati Armen Desky Grosses. Er setzt sich zur Zeit kraftvoll dafür ein, dass der Bezirk Südost-Aceh mit der Bezirkshauptstadt Kutacane inklusive des Alas-Gebietes den Status einer eigenen Provinz (Aceh Leuser Antara, ALA) bekommt. Dann könnte Armen Desky Gouverneur werden, und sein Sohn und sein Business wären womöglich gerettet. MANDELA- und WALHI-Mitglieder allerdings müssten dann einen weiten Bogen um Kutacane machen.

Hotspot Singkil

Wo auch immer das MANDELA-Team in das Torf-Sumpfgebiet bei Singkil hinkommt, überall entdeckt es Kahlschlag und illegale Aktivitäten von Holzfällern. Seit Oktober 2005 untersucht MANDELA besonders die leichter zugänglichen Ufer des Simpang Kiri / Simpang Alas. Doch auch in schwer erreichbaren Gebieten an der Westküste entdecken die Umweltschützer häufig illegalen Holzeinschlag.

Das Singkil-Sumpfgebiet und der nördlich liegende grössere Kluet-Torf-Sumpf sind einzigartige Schutzgebiete, seit geraumer Zeit die letzten ihrer Art in Indonesien. Hier leben Orang-Utan, die sich durch besondere Fähigkeiten auszeichnen. Wissenschaftler haben beobachtet, dass die Kluet-Orang-Utan keine Einzelgänger sind, sondern in Gruppen leben. Ausserdem benutzen sie kleine Äste als Werkzeug, um an Nahrung zu kommen. Schon vor dem Tsunami war die Hälfte des Sumpfgebietes und damit der Lebensraum der Menschenaffen zerstört. Ein Verlust dieser Torf-Sümpfe wäre ein ökologisches Disaster für Indonesien, dass schon mehr als 80% seiner Torf-Sumpfgebiete verloren hat.

Druck reicht nicht

Es gibt wenig Hoffnung auf Rettung für die Torfsümpfe von Singkil und dem nördlich gelegenen Kluet. Seit dem Ende der Suharto-Ära (1998) herrscht, so die Londoner Umweltorganisation Environmental Investigation Agency, EIA, Anarchie in Singkil. Entscheidungen des indonesischen Präsidenten Susilo B. Y. und der Forstbehörden, endlich gegen die kriminellen Holzunternehmer vorzugehen, helfen wenig, wenn Polizei und Forstbeamte eingeschüchtert oder sogar selbst beteiligt sind.

Umweltorganisationen wie WALHI Kutacane und MANDELA machen Druck. Das reicht aber nicht. Sie müssen selbst Polizeiaufgaben übernehmen, die Holzlagerstätten identifizieren und Beweise zusammentragen. Das erfordert enormen Mut angesichts der handfesten Drohungen der Holzmafia.

Die Rückendeckung durch und die Präsenz von Unterstützern aus dem Ausland macht ihre Arbeit ein wenig sicherer. Wenn dann erste Erfolge zu verzeichnen sind, wie im Illegal-Logging-Fall von Kutacane, könnten auch Singkiler Polizeibeamte ermutigt werden, strikter gegen die illegalen Holzfäller vorzugehen.

«Denn es geht nicht um den Wiederaufbau von Aceh», sagt Feri Irawan. «Es geht nur um Profite.»

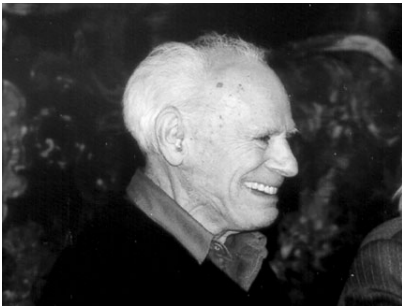
Marianne Klute ist Mitarbeiterin von Watch Indonesia, Arbeitsgruppe für Demokratie, Menschenrechte und Umweltschutz in Indonesien und Ost-Timor (<http://home.snafu.de/watchin>).

Peter Gingold wurde 90 Kampf lohnt!

Am 8. März 2006 feierte Peter Gigold seinen 90. Geburtstag. Geboren wurde er im Kriegsjahr 1916 im deutschen Aschaffenburg, in einer jüdischen Familie als eines von acht Geschwistern. Die Familie war arm und ihren Mitgliedern erschien die spätere Naziparole vom «raffenden jüdischen Kapital» wie ein Hohn. 1933 trat Peter der Kommunistischen Jugend KJ bei. Nach längerer Verhaftung flüchtete er nach Paris, wo bereits seine Familie Zuflucht gesucht hatte.

Peter Gingold war in Frankreich Mitbegründer der dortigen «Freien Deutschen Jugend», wo er seine spätere Frau Ettie Stein-Haller kennenlernte und wurde 1937 auch Mitglied der KP. Während sich Peter im Untergrund für den französischen Widerstand betätigte, kümmerte sich Ettie bald einmal um einer erste Tochter.

Nach der Besetzung von Paris durch die deutschen Truppen wurden zwei Schwestern von Peter nach Auschwitz transportiert. Er selbst wurde 1943 auch verhaftet, doch gelang ihm auf abenteuerliche Weise die Flucht. Er verdanke sein Leben politischer Organisation und internationaler Solidarität, meinte er später.



Peter Gingold. Foto Archiv.

Peter Gingold ist 1944 bei der Befreiung von Paris dabei, danach findet man ihn in den Reihen des 1. Pariser regiments in Lothringen und 1945 als Frontbeauftragter bei den Partisanen in Norditalien. Den 8. Mai 1945 erlebt er in Turin.

An die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Normandie wurde auch Peter eingeladen. Doch nicht von der deutschen, sondern von der französischen Regierung. Die deutsche Regierung lud stattdessen Vertreter der Hitlerwehrmacht ein...

Nach dem Krieg kehrte Gingold mit seiner Familie nach Deutschland zurück: Als Staatenloser, hatte man ihm doch 1933 die Staatsbürgerschaft aberkannt. Gingold wurde in Hessen Mitbegründer des VVN, des Vereins der Verfolgten des Naziregimes, und ist heute noch dessen Bundessprecher. Er war auch mit dabei, als es 1968 um die Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) ging. Gemeinsam mit seiner Familie erlebte er in der bundesdeutschen Demokratie Ausgrenzung und politische Entrechtung. Mehrere Jahre währte zum Beispiel sein Kampf um die Wiedererlangung der deutschen Staatsbürgerschaft, und seine zweite Tochter wurde als Lehrerin jahrelang mit Berufsverbot belegt.

Dass seine Tochter schliesslich als Lehrerin arbeiten konnte, zeigt ihm und vielen Menschen, dass es sich doch immer wieder lohnt, um demokratische und soziale Rechte zu streiten, nicht klein beizugeben oder gar zu kapitulieren.

Der Kampf um Demokratie brauche einen langen Atem, betont der rüstige Jubilar, der trotz hohen Alters nichts an Temperament und Willenskraft verloren hat. Uns allen ein Beispiel! Gingold möchte sichern, dass seine Erfahrungen nicht verloren gehen. Deshalb schreibt er zur Zeit seine Memoiren. Sie werden hoffentlich viele wissbegierige Lesende finden.

Louise Stebler (nach einem Artikel des ND)



Die umstrittene jüdische Siedlung Har Homa im palästinensischen Osten Jerusalems auf dem einst grünen Hügel Abu Gnaim. Der jetzige amtierende Ministerpräsident Israels, Ehud Olmert, trug als Stadtpräsident von Jerusalem viel zur Realisierung dieser illegalen Siedlung bei. (Foto stopthewall.org)

Ein Politiker, ein Politiker, ein Politiker

Der Erbe des Löwen

Seit Mitte April ist Ehud Olmert amtierender Ministerpräsident Israels. Wer ist dieser Mann, der trotz langer Politikkarriere einer breiten Öffentlichkeit kaum bekannt ist?

Von Uri Avnery

Ehud Olmert ist Ministerpräsident von Israel. Er ist nicht mehr nur der «stellvertretende Ministerpräsident», sondern ein wirklicher Ministerpräsident. Hundert Tage nachdem Ariel Sharon ins Koma fiel, wurden diesem Job und Titel genommen. Gemäss dem Gesetz. Olmert ist nun der amtierende Ministerpräsident der Übergangsregierung und in ein paar Wochen – wenn die neue Koalition steht – wird er der Chef einer regulären Regierung werden.

All dies geschah ohne eine echte Debatte über Olmert. Der Mann, der sein Leben lang eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens war, ist den meisten Bürgern eigentlich unbekannt. Der Öffentlichkeit genügt es, dass er der «Erbe Sharons» ist. Doch kann man sich kaum einen grösseren Unterschied zwischen zwei Personen vorstellen wie die zwischen Sharon und Olmert. Es ist wie der Unterschied zwischen einem Löwen und einem Fuchs, zwischen dem König der Tiere und dem Listigsten unter ihnen (nach den Fabeln). Sharon ist eine ungewöhnliche Person, ein Abenteurer, ein Führer von Armeen, ein Mann des Krieges, der Schöpfer grossartiger Entwürfe (im allgemeinen mit schwacher Begründung), ein kreativer, starker, gefährlicher, charismatischer Führer. Olmert ist ein Politiker, ist ein Politiker, ist ein Politiker.

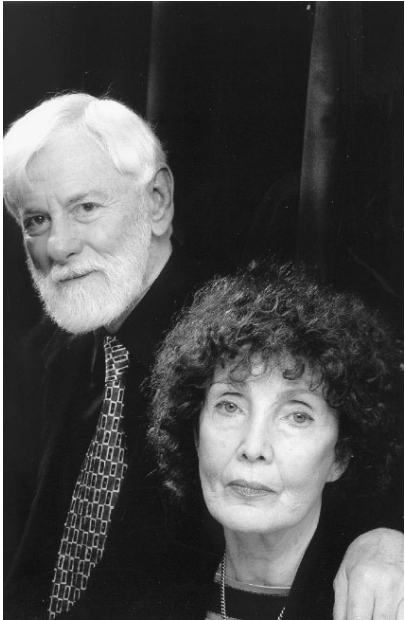
Wie aus seiner Biographie bekannt ist, litt Olmert in seiner Kindheit an grosser Entbehrung. Eine Gruppe alter Revisionisten (Mitglieder der rechtesten zionistischen Bewegung, der Vorgängerin der Herut-Partei) bauten sich einen Stadtteil am Rande von Binyamina, im Süden von Haifa, dessen alte Bewohner sie mit Verachtung behandelten. Es ist möglich, dass dies den Jungen Ehud beeinflusste und anspornte, hervorzutreten, um öffentliche Anerkennung zu erlangen und auch reich zu werden.

Ich traf ihn das erste Mal in den Sechzigern, als ich ein Mitglied in der Knesset war. Der junge Olmert war der Lehrling und (buchstäblich) der Diener von einem anderen Mitglied: Shmuel Tamir.

Schlängelnder Fluss

Man konnte eine Menge von Tamir lernen. Er war ein talentierter Ego-mane, der davon überzeugt war, dass die Vorsehung ihn von Geburt an für den Ministerpräsidenten bestimmt hat. Er hatte eine grosse Begabung, Leute anzuziehen und sie zu seinen

ergebnensten Dienern zu machen, die er dann so weit wie möglich ausnützte – und dann wie eine ausgequetschte Zitrone wegwarf. Er hatte viel persönlichen Charme und war ein Genie für Propaganda. Immer war eine Menge von Journalisten um ihn herum, die bereit waren, ihm zu dienen. Fast alle wurden später seine Feinde. Sein politisches Leben war ein irres Hin und Her zwischen den verschiedensten Parteien, Splittergruppen und Vereinigungen, mit Positionen von Tauben



Uri und Rachel Avnery (Foto Right Livelihood Award Stiftung). Uri Avnery ist Gründer der Bewegung Gush Shalom. Der Publizist und langjährige Knesset-Abgeordnete Avnery, 1923 in Beckum geboren und 1933 nach Palästina ausgewandert, gehört seit Jahrzehnten zu den profiliertesten Gestalten der israelischen Politik. Er ist durch seine kämpferisch-kritische Begleitung der offiziellen israelischen Regierungspolitik weit über die Grenzen seines Landes hinaus bekannt geworden. Für sein Engagement für den Frieden im Nahen Osten sind ihm zahlreiche Auszeichnungen zuerkannt worden, unter anderen der Erich-Maria-Remarque-Friedenspreis der Stadt Osnabrück (1995), der Aachener Friedenspreis (1997), der Bruno Kreisky Preis für Verdienste um die Menschenrechte (1997), der Alternative Nobelpreis (2001) sowie der Carl-von-Ossietzky-Preis der Stadt Oldenburg (Mai 2002). Publikationen u.a. «Mein Freund der Feind», Dietz 1988; «Die Israel-Frage», Palmyra, Heidelberg 1996; «Ein Leben für den Frieden», Palmyra, Heidelberg 2003; «In den Feldern der Philister», Diederichs 2005. Aktuelle Texte in ausgezeichneten Übersetzungen auf Deutsch sind jeweils abrufbar unter www.uri-avnery.de.

und Falken, bis er den Posten des Justizministers erhielt und dort stecken blieb.

Auf dem Wege dahin gelang es ihm auch, reich zu werden.

Das war das Beispiel, das Olmert vor Augen hatte, als er seine politische Karriere startete. Sein Weg sieht aus wie ein Fluss, der sich mal nach rechts, mal nach links schlängelt, manchmal auch zurück, aber in seinem Streben keinen Augenblick ruht, bis er das Meer erreicht hat – die höchste Macht. Es mag Jahrzehnte gedauert haben; doch nun ist er angekommen.

Tamir, ein früheres Mitglied des Irgun, begann seine politische Karriere zunächst als Mitglied der Herut-partei, verliess sie, trat wieder ein, versuchte Menachem Begin abzusetzen, was ihm misslang. So war er gezwungen, die Partei zu verlassen, und gründete eine kleine Partei, die sich «Freies Zentrum» nannte. Olmert, von Geburt an ein Revisionist, glaubte, dass Tamir, der viel jünger als Begin war, viel versprechender war und schloss sich seiner erfolglosen Rebellion an. Er fand sich dann als Junior-funktionär in einer kleinen Partei wieder.

Tamir förderte den Jüngeren. Zu spät verstand er, dass sein Schüler begabter war, als er dachte: dieser verhielt sich gegenüber Tamir wie Tamir gegenüber Begin. Er verursachte eine Trennung zwischen Tamir und seinem Partner, dem alten Politiker Eliezer Shostak vom rechten Flügel. Mit diesem verliess er die Partei und bildete eine andere. Dann verdrängte er Shostak, und übernahm selbst die Führung. Die Affäre verursachte einiges Lächeln, als Olmert (buchstäblich) mit den Stempeln der Partei davon lief, um diese zu übernehmen.

1973 einigte Ariel Sharon den rechten Flügel zu einem neuen Block, «Likud» (Einigung) genannt. Abgesehen von der Herut und Liberalen Parteien, die schon in einer gemeinsamen Fraktion vereint waren, fügte er noch zwei winzige Gruppen hinzu: Tamirs Freies Zentrum und die Staatsliste, ein Überbleibsel von Ben Gurions Anhängern.

Unermüdlicher Vorarbeiter

Bei den Wahlen, die am letzten Tag des Jahres 1973 stattfanden, erschien der von Menachem Begin geführte Likud als einheitlicher Block. Sharon war die Nr.6 auf der Liste, Olmert die Nr. 36. Seitdem arbeitete er uner-müdlich, mit unzähligen Tricks, um näher an die Spitze heranzukommen. Er kam 1981 auf Platz 26, 1984 auf 24, 1988 auf Platz 22, 1991 auf 13 und 1995 auf Platz 10. Dann entschied er sich für eine Abkürzung: er wurde der Likud-Kandidat für das Amt des Bürgermeisters von Jerusalem und besiegte den alten Teddy Kollek.

Als Bürgermeister arbeitete er an zwei Fronten: er unterdrückte die arabische Bevölkerung und verwöhnte die orthodoxen Juden. Die annektierten arabischen Stadtviertel wurden systematisch vernachlässigt. Er trieb Ministerpräsident Binyamin Netanyahu an, den Tunnel in der Nähe der muslimischen Heiligen Stätten zu öffnen, was Unruhen auslöste mit Dutzenden von Toten. Er ermutigte amerikanisch-jüdische Millionäre, jüdische Siedlungen mitten in arabischen Stadtteilen zu bauen und kämpfte darum, den wunderschönen und bewaldeten Abu Ghneim Hügel in die jüdische Siedlungsfestung Har Homa zu verwandeln. Am Ende drängte er zum Bau der Trennungsmauer, die die arabischen Wohnbezirke zerschneidet.

Mit den Orthodoxen – auf der andern Seite – hielt er eine starke Verbindung, die ihn an der Macht hielten und schliesslich überreichte er ihnen die Schlüssel zur Stadt. Die säkulare jüdische Bevölkerung zog in Scharen aus der Stadt aus.

All dies half ihm nichts. Als er sich entschloss, wieder in die Knesset einzutreten, warfen ihn die 3000 Mitglieder des eigenwilligen Likud Zentral Komitee zurück auf Platz eins: Nr. 32 auf der Wahlliste. Aber Sharon, der neue Parteiführer, entschied, dass es sich lohnt, die Loyalität dieses frustrierten, ehrgeizigen Politikers zu gewinnen. Als er seine Regierung bildete, versuchte er, ihm das mächtige Finanzministerium zu überlassen. Doch erwies sich dies als unmöglich, weil Netanyahu die Nr. 2 auf der Liste war. Er konnte nicht beiseite geschoben werden.

Die Lösung war dann: Olmert ein zweitrangiges Ministerium, das für Industrie und Handel, zu geben – verbunden mit einem Trostpreis: den renommierten, aber wertlosen Titel des «stellvertretenden Ministerpräsidenten». Das einzige Vorrecht des Titel-trägers war, dem Kabinett vorzusitzen, wenn der Ministerpräsident im Ausland war. Sharon reiste aber kaum.

Vom Fuchs zum Löwen?

Und dann geschahen zwei Dinge: Sharon – von Olmert gedrängt – spaltete den Likud und fiel dann ins Koma. Der Stellvertreter wurde natürlicherweise sein vorübergehender Erbe und der vorübergehende Erbe wurde sein Nachfolger. Nach 40 Jahren Mäandrieren hat der Fluss das Meer erreicht.

Wie wird sich Olmert als Ministerpräsident entwickeln? Wird sich der Fuchs in einen Löwen verwandeln, der Nur-Politiker in einen Staatsmann?

Die ersten Schritte lassen nichts Gutes ahnen. Olmert machte zwar keine ernststen Fehler, die Wahlergebnisse waren aber trostlos: von den 45 Sitzen, die Sharon bei den Meinungsumfragen versprochen wurden, gewann er bei der Wahl nur 29 Sitze. Seitdem spielte er den arroganten Führer, besonders gegenüber der Labor-Partei, seinem unentbehrlichen Koalitionspartner. Er versucht, die rassistische Partei von Avigdor Lieberman in sein Kabinett mit einzuschliessen, behandelt Mahmoud Abbas mit offener Verachtung, boykottiert die gewählte palästinensische Führung (die « Hamas-Regierung ») und gibt dem Verteidigungsminister Shaul Mofaz freie Hand, die Palästinenser zu bombardieren und auszu-hungern.

Um seine Unabhängigkeit zu demonstrieren, hat er Sharons Trennungsplan einen neuen Namen gegeben: «Konvergenz» («Zusammenstreben»). Er spricht über ihn in vagen Redewendungen – ohne Karten und Terminkalender. Er könnte der Anne-xion von grossen Gebieten («ohne Araber») dienen oder sich als ein Fata-Morgana-Plan herausstellen, der niemals ausgeführt wird. Eindeutig ist sein Wunsch für eine breite und bequeme Koalition. Dies ist ihm wichtiger als die Realisierung eines Planes, der ein entschlossenes und auf ein Ziel konzentriertes Kabinett verlangt.

Es ist noch zu früh, vorauszusehen, wohin er gehen wird. Die Geschichte hat kleine Politiker gekannt, die aus dem Schatten der grossen Führer heraus traten und die Welt überraschten. Ein solcher war Harry Truman, der Franklin Delano Roosevelt folgte und seiner Präsidentschaft einen eigenen bedeutenden Stempel aufdrückte. Ein anderer war Anwar Sadat, der Nachfolger des charismatischen Gamal Abd-al-Nasser. Aber es stimmt auch: die Zahl der gegenteiligen Beispiele ist Legion.

Es wird gesagt, dass ein Politiker an die nächsten Wahlen denkt, ein Staatsmann aber an die nächste Generation.

(Aus dem Englischen: Ellen Rohlfs, vom Verfasser autorisiert. Von der Redaktion gekürzt und mit Zwischen-titeln versehen.)

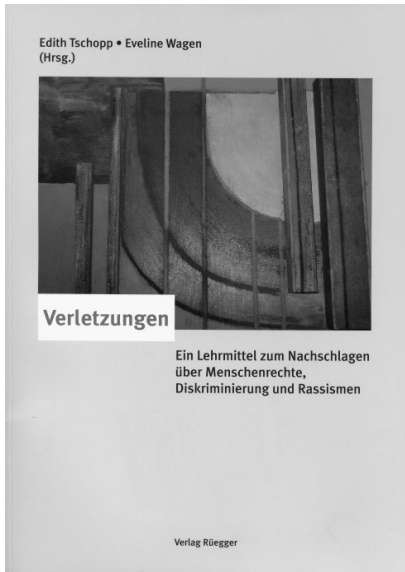
In Kürze

USA: Israel-Lobby unter Beschuss

Zwei führende US-amerikanische Politikwissenschaftler sind zu dem politisch höchst unkorrekten Schluss gekommen, dass die engen US-Beziehungen zum Staate Israel schlecht für die Sicherheit der USA sind. Die Professoren John J. Mearsheimer von der University of Chicago und Stephen M. Walt von der Kennedy School of Government an der Harvard University haben sogar die Courage besessen, dieses Ergebnis zu veröffentlichen. Nach der jetzt erschiene-nen Studie mit dem Titel «Die israeli-sche Lobby und die Aussenpolitik der USA» hat eben diese Lobby, vorweg das «American–Israel Public Affairs Committee» (AIPAC), dafür gesorgt, dass die Unterstützung Israels zu einem Schlüsselement der US-amerikanischen Aussenpolitik gemacht wurde.

Die höchste Priorität der Aussenpolitik sollte den US-amerikanischen nationalen Interessen gelten, meinen die beiden Autoren, um dann festzu-stellen, dass seit Jahrzehnten, insbe-sondere seit dem «Sechs-Tage-Krieg» von 1967, sich die gesamte US-Mittelost-Politik immer nur um das Interesse Israels dreht. Diese bedin-gungslose Unterstützung für Israel in Kombination mit den US-Versuchen, den Mittleren Osten nach US-Vorstel-lungen umzugestalten, hätten in der ganzen Region Wut und Hass gegen die USA geschürt. Das Terrorismus-problem der USA sei zu einem guten Teil dieser bedingungslosen Unter-stützung Israels zu verdanken, was es zugleich viel schwieriger mache, den «Krieg gegen den Terror» zu gewin-nen.

Die 81 Seiten umfassende Studie wirft die Frage auf, «warum die USA bereit sind, zugunsten der Interessen eines anderen Staates ihre eigene Si-cherheit zurückzustellen?» Weder die angeblichen gemeinsamen strategi-schen Interessen noch ein zwingender moralischer Imperativ könnten «die aussergewöhnlich hohe materielle (bisher über 100 Milliarden Dollar) und diplomatische Unterstützung der USA für Israel erklären». Der wirkli-che Grund dafür sei in den Aktivitäten der israelischen Lobby in den USA zu finden. Keine andere Sonderinteresen vertretende Gruppierung sei bis-her so erfolgreich gewesen. Denn der israelischen Lobby sei es gelungen, «die USA von der Verfolgung ihrer nationalen Interessen abzuhalten» und zugleich «die Amerikaner davon zu überzeugen, dass US-amerikani-sche und israelische Interessen im we-sentlichen identisch sind». (R.R.)



«Verletzungen» – ein ausserordentlich hilfreiches Lehrmittel zum Nachschlagen über Menschenrechte, Diskriminierung und Rassismus, herausgegeben von Edith Tschopp und Eveline Wagen im Verlag Rüegger, Zürich 2006, ISBN 3-7253-0825-X, 283 S., Fr. 48.–

Schauprozess ohne Abschluss

Mord in Den Haag

Sieben Jahre nach dem Überfall auf Jugoslawien hat die NATO endlich auch dessen damaligen Präsidenten zur Strecke gebracht. In Belgrad sprechen die Medien nicht ohne Grund von Mord.

Von Ralph Hartmann

«Dieser Prozess wird nicht beendet werden, denn sein Ende würde eine Niederlage des Haager Tribunals bedeuten. Serbien wird höchstwahrscheinlich eine schwarze Nachricht erhalten: dass Milosevic plötzlich verstorben ist, sagen wir an Herzschlag.» Diese Voraussage, gemacht Mitte Januar 2005 vom ehemaligen Chef der jugoslawischen Verwaltung für militärische Sicherheit, General a. D. Aco Tomic, ist eingetroffen. Slobodan Milosevic, langjähriger Präsident Serbiens und Jugoslawiens, ist am Morgen des 11. März tot in seiner drei mal fünf Meter grossen Einzelzelle im Scheveninger Gefängnis nahe Den Haag aufgefunden worden. Noch am Vortag hatte er seinem Rechtsberater Zdenko Tomanovic gesagt, dass man ihn vergiften wolle, worüber der Berater umgehend das holländische Justizministerium, die Polizei und die russische Botschaft mit einem handschriftlichen Brief Milosevics an Aussenminister Lawrow informierte. Die vom Gericht angeordnete Obduktion – der Wunsch der Angehörigen sie in Moskau durchzuführen, wurde abgelehnt – ergab, dass er an einem Herzinfarkt verstarb.

Prozess aller Prozesse

Sei es wie es sei: Das als Schauprozess vor dem sogenannten Jugoslawientribunal begonnene und aufgrund des Fiaskos der Anklage nahezu zum Geheimprozess mutierte Gerichtsverfahren gegen Milosevic kann nicht abgeschlossen werden. Die Chefanklägerin Carla del Ponte und mit ihr der von der NATO initiierte, finanzierte und personell ausgestattete Gerichtshof sind einer Niederlage im «Prozess aller Prozesse», wie sie diesen anfangs selbst genannt hatten, entgangen. So können die Hintermänner des Tribunals in Washington, Berlin und London mit Stolz und Genugtuung auf das Erreichte zurückblicken. Angeklagt haben sie Milosevic am 27. Mai 1999, während des Aggressionskrieges gegen Jugoslawien, wenige Tage nach der Raketen-attacke auf das Dragisa-Misovic-Krankenhaus in Belgrad und drei Tage vor dem Terrorangriff auf die Morava-Brücke in Varvarin. Entführt nach den Den Haag haben sie ihn unter Bruch der jugoslawischen Verfassung und internationaler Rechtsnormen am 28. Juni 2001 in einer Nacht- und Nebelaktion, organisiert im engen Zusammenspiel zwischen der NATO, ihren Geheimdiensten und der mit ihrer Hilfe an die Macht gelangten Regierung in Belgrad unter Zoran Djindjic. Am 12. Februar 2002 schliesslich liessen sie ihn in den ersten Gerichtssaal des Tribunals am Churchillplatz Nr. 1 führen. Dort begann der Prozess der Aggressoren gegen den Präsidenten des überfallenen Staates.

Vier lange Jahre haben die Ankläger nichts unversucht gelassen, Milosevic der Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Kosovo, Kroatien und Bosnien, dort sogar des Völkermords, zu überführen. Kein einziger der 300 Zeugen, die Frau del Ponte und ihr riesiger Stab an mehr als 250 Verhandlungstagen aufboten, konnte die Anklage stützen. In den vom sich selbst verteidigenden Expräsidenten souverän geführten Kreuzverhören – sie werden in die Rechtsgeschichte eingehen – brachen alle Anschuldigungen trotz fortgesetzter Hilfestellungen der Richter zusammen. Nicht selten wurden aus Zeugen der

Anklage, zu denen makabrerweise die für die barbarische Kriegsführung gegen Jugoslawien verantwortlichen NATO-Generäle Wesley Clark und Klaus Naumann gehörten, unfreiwillig Zeugen der Verteidigung.

Der Prozess drohte für seine Initiatoren zu einem Debakel zu werden, und selbst in den USA erhoben sich einflussreiche Stimmen, das Haager «Frankenstein-Monster» zu begraben und die Chefanklägerin in die Wüste zu schicken. In ihrer Not schreckten die Gegner Milosevics auch nicht davor zurück, mit ständigen prozessualen Schikanen und mit der Verweigerung erforderlicher medizinischer Behandlung durch Belgrader Ärzte die ohnehin schon angeschlagene Gesundheit des Angeklagten zu untergraben und durch eine Hexenjagd auf seine nächsten Angehörigen, die ihn jahrelang nicht einmal besuchen durften, zusätzlichen psychischen Druck auf ihn auszuüben. Sie haben ihn nicht in die Knie zwingen können, aber seiner von zahlreichen Spezialisten bestätigten lebensgefährlichen Erkrankung haben sie nach Kräften nachgeholfen. Sie verweigerten ihm selbst die Medizin, die ihm jugoslawische Ärzte verordnet hatten, und missachteten die Warnung eines Ärztekonsiliums, dass er jederzeit einen Herzinfarkt oder Schlaganfall erleiden könnte.

Den letzten Stoss versetzten sie ihm kürzlich mit der Ablehnung seines Antrages, sich wegen seiner akuten Leiden – schwere Beschädigung einer Herzkammer und extrem hoher Blutdruck von 230 zu 130 – am weltbekannten Moskauer Bakuljew-Zentrum von russischen Herzspezialisten behandeln zu lassen. Obwohl sie ihn lange Zeit in dem Glauben liessen, dass seinem Ersuchen stattgegeben wird, und obwohl die russische Regierung schriftliche Garantien für seine Rückführung nach Den Haag gegeben hatte, blieb das Tribunal seinem Ruf treu, ein gefügiges Organ der NATO zu sein. Milosevic hatte neben der so dringend notwendigen Behandlung insgeheim auch ein Wiedersehen mit seiner Frau Mira erhofft. Sein wacher Verstand verkraftete, wie die weitere Befragung seiner überzeugenden Entlastungszeugen zeigte, auch diesen Schlag, sein geschwächtes Herz aber offenbar nicht.

Das eigentliche Verbrechen

Nun hat die NATO sieben Jahre nach dem Überfall auf Jugoslawien endlich auch dessen damaligen Präsidenten zur Strecke gebracht. In Belgrad sprechen die Medien nicht ohne Grund von Mord. Die deutschen dagegen schütten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, noch einmal Kübel von Schmutz über den «Belgrader Unhold», den «Schlächter vom Balkan» aus und wiederholen die Lügen von seinem angeblichen nationalistischen Feldzug für ein «Grossserbien», die im Prozess längst widerlegt wurden. Sein eigentliches, in den Augen der NATO unverzeihliches «Verbrechen» – sein Eintreten für die Erhaltung der jugoslawischen Föderation, gegen das Diktat der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds – verschweigen sie. Nicht wenige Politiker und Kommentatoren feiern den Tod von Slobodan Milosevic trotz heuchlerischer Betroffenheitsbekundungen wie einen Sieg. Doch es ist ein Pyrrhussieg. Die Geschichte wird es zeigen.

(Ralph Hartmann ist ehemaliger DDR-Botschafter in Belgrad. Aus «Ossietzky» vom 17.3.2006)



Bald auch mit Innenministern? Offizielles «Familienfoto» vom Treffen der NATO-Verteidigungsminister mit Anhang in Taormina (10. Februar 2006). Foto: NATO

Vom Kalten Krieg zum Krieg gegen den Terrorismus

NATO-Allianz für die «Freiheit»

Die NATO reformieren, um daraus ein Instrument im Dienste des Krieges gegen den Terrorismus zu machen, das ist der ehrgeizige Plan einer Denkfabrik unter dem Vorsitz von José-Maria Aznar. Aznar und Co. schlagen vor, die ursprüngliche Militärallianz gegen die Sowjetunion in eine militärisch-polizeistaatliche transnationale Agentur zu verwandeln.

Von Cyril Capdevielle

Die «Fundación para el análisis y los estudios sociales» des ehemaligen spanischen Regierungschefs José Maria Aznar publizierte den Vorschlag einer Radikalreform der Atlantischen Allianz unter dem Titel «La OTAN una alianza por la libertad» (Die NATO, eine Allianz für die Freiheit). Nach Ansicht der Stiftung könnte die Organisation, die mit dem Fall der Sowjetunion ihre Daseinsberechtigung verloren hat, eine neue Legitimität gewinnen, indem sie im Kampf gegen den islamischen Terrorismus und die Nicht-Verbreitung von Massenvernichtungswaffen in Aktion tritt.

Der Terrorismus sei nur «die kriegerrische Seite einer Offensive von viel grösserer Tragweite gegen die freie und demokratische Welt», das heisst, der Terrorismus sei das Vorspiel zum Zusammenprall der Zivilisationen. Die äussere Verteidigung der Mitgliedsstaaten erfolge damit über die innere Repression des Terrorismus.

Daher eine Strategie der inneren Sicherheit oder «Homeland Security», in Nachahmung des gleichnamigen US-Modells und gerechtfertigt infolge der Überholtheit des Konzepts der traditionellen Territorialverteidigung bei einem militärischen Angriff gegen einen Mitgliedsstaat. Die terroristische Bedrohung, obgleich von aussen kommend, bestehe im Innern der Mitgliedsstaaten selbst und richte sich künftig auf Ziele, die auf herkömmliche Weise weniger geschützt seien, und die mehr Opfer fordern. Ferner schlossen die Terroristen den Einsatz von atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen nicht aus. Ausserdem könnten sie im Cyberspace operieren.

Die Allianz sollte Treffen auf höchstem Niveau nicht nur der Aussen- und Verteidigungsminister sondern auch der Innenminister der verschiedenen Mitgliedsstaaten abhalten. Ein Kommandozentrum gegen den Terrorismus sollte geschaffen werden. Es hätte als Mission, die Doktrinen, Konzepte und Technologien zu erarbeiten wie auch das notwendige Personal auszubilden und zur Verfügung zu stellen, um die Aufgaben des Antiterrorismus und Gegenterrorismus erfolgreich durchzuführen. Dieses gemeinsame Kommando wäre anstelle der nationalen Minister für die Verteidigungspläne gegen den Terrorismus zuständig. Es sollte die Entscheidungsbefugnis sowohl über die nationalen Streitkräfte als auch nationalen Polizeikräfte haben.

Demokratie nach US-Gnaden

Eine der anderen vordringlichen Reformen sei das «Democracy Building» (der Aufbau der Demokratie). Die NATO wäre demnach gehalten, durch eine neue operationelle Kommandostruktur Operationen zur Aufrechterhalten des Friedens und des «Democracy Building» durchzuführen und dabei die zivilen und militärischen Aktivitäten zu koordinieren. Ausserdem wird befürwortet, eine Assoziierung für die Freiheit nach dem Vorbild der gegenwärtigen Partnerschaft für den Frieden der NATO zu schaffen. Auf den Nahen und Mittleren Osten gerichtet, hätte sie die Mission, geeignete Massnahmen zur ökonomischen Liberalisierung, zur Freiheit der Religionsausübung, zur politischen Öffnung und zur Demokratisierung dieser Länder umzusetzen, und dies «von Mauretanien bis

Afghanistan» (das heisst in Brzezinkis früherem «Krisenbogen» oder George W. Bushs derzeitigem «Grossen Mittleren Osten»).

Schliesslich wird auch die Erweiterung der NATO angesprochen, wobei davon ausgegangen wird, dass sich diese auf die Ukraine und einige Kaukasusrepubliken erstrecken soll, aber auch auf Staaten wie Israel, Japan und Australien, die «unsere Werte und unsere Lebensform» teilen und gefestigte Demokratien sind. Die NATO würde damit «eine freie Vereinigung von demokratischen Ländern mit einer offenen und liberalen Lebensform auf der Grundlage der Marktwirtschaft, die religiöse Toleranz und die Achtung der Menschenrechte gewährleisteten».

Alles in allem besteht das Projekt von Aznar und seinen neo-konservativen Freunden darin, den Mitgliedsstaaten die national-staatliche hoheitliche Gewalt zu entziehen und sie in das US-Imperium zu integrieren, das gleichzeitig ihre äussere Verteidigung und ihre innere Ordnung kontrollieren würde. Die NATO würde ohne jegliche geographische Begrenzung in ein Vasallensystem übergehen, und ihre Mitgliedsstaaten würden zu Hilfspwillingen der imperialen Expansion mit dem Ziel einer globalen Herrschaft.

Quelle: voltairenet.org. Übers. aus dem Französischen: Klaus von Raussendorff

In Kürze



Treffen in Sevilla

Auf einer Konferenz «Imame und Rabbiner für den Frieden» im spanischen Sevilla ist über den Beitrag beider Weltreligionen zum Abbau der internationalen Spannungen beraten worden. Rund 70 jüdische Rabbiner und 70 muslimische Imame aus 34 Ländern nahmen teil und suchten vier Tage lang nach neuen Wegen zum Frieden. Von christlicher Seite waren zahlreiche Experten und Beobachter eingeladen. Auch die vatikanische Kommission für religiöse Beziehungen zum Judentum hatte einen Beobachter geschickt. Während der Newsletter der israelischen Botschaft in Berlin «schlechte Stimmung beim jüdisch-muslimischen Dialog in Sevilla» ausmachte, forderten die Teilnehmer, Religion dürfe nicht als Deckmantel für eigene Interessen oder für Gewalt benutzt werden. Foto: AFP

SFB-SEKRETARIAT-SFB-SEKRETARIAT-SFB

Öffnungszeiten:
jeden Dienstag + Donnerstag 14.00 – 18.00
Telefon 061 681 03 63

Nach wie vor können sich handwerklich begabte Helfer, für die Mithilfe bei der Renovation unserer Büros, melden.

Wir suchen versierte Fotografen!
Unser Friedenskarten-Angebot soll mit neuen Motiven ausgebaut werden.

Unsere Friedens-Bibliothek ist am wachsen.
Gerne nehmen wir weitere Bücher entgegen.

Riehentorstrasse 27/29, 4058 Basel

SFB-SEKRETARIAT-SFB-SEKRETARIAT-SFB

Schwarzbuch über die USA

Profit als Credo

Prof. Dr. Bernd Hamm ist «Jean Monnet Professor of European Studies» am Center for European Studies an der Universität von Trier. Der ehemalige Schriftsetzer studierte von 1969 – 1974 Soziologie an der Uni Bern und wirkte von 1968 – 1976 als soziologischer Berater des Berner Stadtplanungsamtes. Er stellt uns hier sein Buch «Gesellschaft zerstören – Der neoliberale Anschlag auf Demokratie und Gerechtigkeit» vor, eine Art Schwarzbuch über die reale Politik einer Nation, deren Credo darin besteht, Profit zu maximieren.

Von Bernd Hamm

Die Mehrheit der Europäer sieht in der derzeitigen Regierung der USA eines der gefährlichsten Elemente in der Weltpolitik. Die Europäer haben Recht. Die Kritik in den USA an der Bush-Regierung wächst, selbst die Republikaner gehen auf Distanz. Anlass ist nicht nur die Behandlung der Wirbelsturmfolgen in New Orleans, sondern auch die Lügen zur Rechtfertigung des Irakkrieges. Um diese Regierung geht es in diesem Buch auch – aber eben nur auch.

Seit dem Ende des 2. Weltkrieges haben die USA für viele in Europa als Vorbild gedient und das hat sich unverkennbar auf unsere europäischen Gesellschaften ausgewirkt. Wir alle haben uns immer wieder, laut oder leise, für den Marshallplan bedankt, 13 Milliarden Dollar nach dem Zweiten Weltkrieg für Europa, das war schon eine gewaltige Leistung. Dabei haben wir verschwiegen, dass der Marshallplan keineswegs uneigennützig war: Er hat zur Spaltung Europas mit beigetragen, er hat vor allem die amerikanische Konjunktur angekurbelt, er hat als Deckung gedient, hinter der die Geheimarmeen des Projekts Gladio tätig wurden, um in einigen europäischen Ländern Attentate und Terrorakte zu verüben, die man dann den Linken in die Schuhe geschoben hat. Unsere Dankbarkeit hat uns in die Wiederbewaffnung und in die NATO getrieben, die damals niemand wollte.

Vor lauter Dankbarkeit haben wir die aggressive, imperialistische Seite der amerikanischen Politik konsequent verschwiegen. Seit den Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 ist die amerikanische Aussenpolitik eine ununterbrochene Kette von Verbrechen gegen die Menschlichkeit gewesen – wir haben dazu geschwiegen. Statt dessen haben wir, haben unsere Politiker und unsere Medien die vermeintliche Interessenidentität der «atlantischen Wertegemeinschaft» beschworen. Wir haben geschwiegen zum Krieg gegen das vietnamesische Volk, der durch die Umweltzerstörungen bis heute fortwirkt, zur Ermordung von Salvador Allende, zur Verminung der Häfen von Nicaragua, zur Ausbildung und Finanzierung der Todesschwadronen in Mittelamerika, für die der heutige Chef der US-Geheimdienste, Negroponte, mitverantwortlich war, wir haben geschwiegen zu den Überfällen auf Grenada und den Irak, wir haben geschwiegen zu siebzig offenen oder geheimdienstlichen Aggressionen gegen andere Länder mit insgesamt 12 Millionen Toten, darin nicht eingerechnet die Millionen Opfer der amerikanisch dominierten Politik des Internationalen Währungsfonds, darin nicht eingeschlossen jene Geheimaktionen, durch die viele Länder erst in die Schuldenfalle getrieben worden sind. Erst mit der aggressiv-egoistischen Unilateralität der Bush2-Administration ist die Vasallentreue brüchig geworden.

Hinterfragtes Vorbild

Amerika der Hort der Freiheit? Die Patriot Acts 1 und 2 sind vom Kongress fast ohne Diskussion durchgewunken worden und bringen das schärfste Repressionsregime, das die amerikanische Bevölkerung je erleben musste. Patriot Act 3 ist in Vorbereitung. Viele haben diese Gesetze

verglichen mit Hitler’s Ermächtigungsgesetz von 1933, viele sprechen von einem neuen Faschismus.

Amerika der Hort der Demokratie? Ein Präsident, der durch einen Staatsstreich ins Amt gekommen ist und der seine neokonservativen Kumpane gleich in höchste Regierungsämter brachte, der Botschafter- und Beraterposten meistbietend an jene Freunde aus der Ö-, Energie- und Rüstungsindustrie verschachert hat, die seinen Wahlkampf, den teuersten in der US-Geschichte, finanziert haben – das ist zumindest nicht unser Verständnis von Demokratie, wir würden das Wahlfälschung und Korruption nennen.



«Gesellschaft zerstören – Der neoliberale Anschlag auf Demokratie und Gerechtigkeit», hg. von Bernd Hamm. Berlin: Homilius 2004 (Globale Analysen Bd. 1.) Eben erst herausgekommen: Die soziale Struktur der Globalisierung, von Bernd Hamm. Berlin: Homilius 2006 (Globale Analysen Bd. 4). Beide Bücher erhältlich bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel. Tel. 061 261 02 89)

Amerika ein Hort des Friedens? Die Hälfte aller weltweiten Rüstungsausgaben, 450 Milliarden Dollar, machen die USA. In 140 Ländern gibt es US-amerikanische Militärstützpunkte – wozu wohl?

Amerika der Hort der Menschenrechte? Die illegalen Festnahmen wahrscheinlich tausender ohne Begründung, ohne Zugang zu Anwälten, ohne ordentliches Gerichtsverfahren, die Folterungen in Guantanamo, in Abu Ghraib, in Bagram, auf anderen Stützpunkten und in amerikanischem Auftrag in anderen Ländern, selbst in amerikanischen Gefängnissen, der Versuch der US-Regierung, den Internationalen Strafgerichtshof zu boykottieren und, als das nicht gelang, für amerikanische Staatsbürger Immunität zu erreichen, was auch immer sie sich in anderen Ländern zu Schulden kommen lassen – wo bleiben da die Menschenrechte?

Amerika der Hort der Gerechtigkeit? In keinem westlichen Land ist die Kluft zwischen Arm und Reich tiefer. 750 von 100 000 Einwohnern der USA sitzen im Gefängnis oder stehen unter Justizaufsicht – in Deutschland sind es 50. Seit 1980 sind die Löhne der unteren Einkommensgruppen netto gesunken – während das Management sich und die Shareholder überaus kräftig bedient hat. Haben Menschenrechte nicht auch zur Voraussetzung, dass ei-

ner mit einer normalen Arbeit ein normales Einkommen erzielen und davon mit seiner Familie normal leben kann? 38 Millionen Menschen in USA leben nach offiziellen Angaben unter der Armutsgrenze.

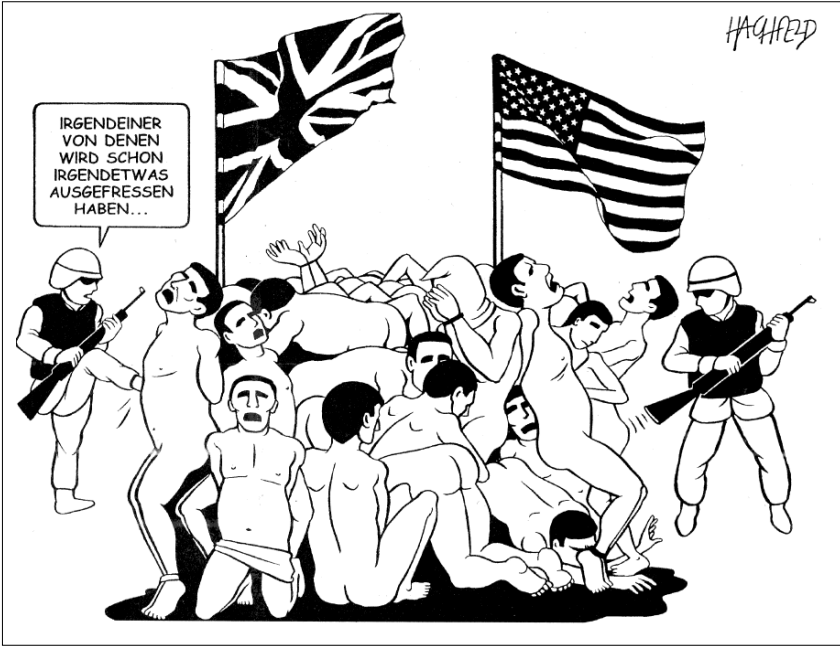
Amerika der Hort der internationalen Solidarität? Alle international wichtigen internationalen Abkommen werden durch die USA blockiert oder, wenn das nicht geht, verlassen: dass Kyoto-Protokoll zur Klimapolitik, das Cartagena-Protokoll über Biosafety, die Konventionen über Folter, über Kleinwaffen, über chemische Waffen, über die Verhinderung der Militarisierung des Weltraums und viele andere. In Büchel und Ramstein lagern noch immer gegen den Atomwaffen-sperrvertrag Atombomben.

Amerika der Hort von wirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigung? Selbst das ist falsch: Das Wachstum entsteht durch einen Trick in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, das sogenannte hedonic pricing. Und die Beschäftigung kommt von der grossen und zunehmenden Zahl der working poor, jener Menschen, die zwar Jobs haben, aber davon nicht mehr leben können, und die von einem Tag auf den anderen ohne Kündigungsschutz und ohne Sozialversicherung auf die Strasse gesetzt werden können.

Der Inhalt des Buches

In der Einleitung zeichne ich den Weg nach, auf dem die neoliberale Ideologie durchgesetzt worden ist: Angefangen bei den rechten Think Tanks und Stiftungen, die seit Mitte der 1970er Jahre viele Millionen in das Unternehmen investiert haben, über den Nobelpreis für Wirtschaft, den es in Wirklichkeit gar nicht gibt, hin zum Washington Consensus, also der Einheitsrezeptur, die Entwicklungs- und Transformationsländern zwangsweise vom Internationalen Währungsfonds verordnet worden ist. Der Zusammenbruch der sozialistischen Regime ist im Westen zum Anlass genommen worden, die Bildungssysteme von «linken» Positionen zu säubern und eine einheitlich-neoliberale Ideologie durchzusetzen, und schliesslich sind die Gewerkschaften systematisch entmachtet worden, die dem Trend massiven Widerstand hätten entgegen setzen können.

Im ersten Kapitel des ersten Teils beschreibt Andre Gunder Frank, der kürzlich verstorbene berühmte Historiker der Weltwirtschaft, den Staatsstreich, durch den die BushGang im Dezember 2000 die Macht im Weissen Haus übernommen hat. William Bowles, ein englischer Künstler und politischer Kommentator, zeichnet dann die Geschichte der Bush-Familie nach, vom Grossvater Prescott Bus, der mit den Nazis Geschäfte machte und von den Zwangsarbeitern in Auschwitz profitierte, über Vater George, Chef der CIA und Präsident, bis zur Generation des heutigen Präsidenten und seinen Brüdern Jeb, Neil und Marvin. Sie werden auf dieser Reise manche Überraschung erleben. Andrew Austin, Soziologieprofessor in Wisconsin, beschäftigt sich anschliessend mit dem engeren Umkreis der Neokonservativen, mit den Kriegstreibern und Falken, die im Umkreis des Project for a New American Century ihre militaristischen Weltmachtphantasien in die Tat umsetzen und für die George W. die Gallionsfigur ist. Am Ende des ersten Teils zieht Walter Davis, Professor an der Kent State University, Bilanz der bisherigen Erkenntnisse über die Attentate des 11. September 2001. Er kommt zum Schluss dass eine direkte Beteiligung der BushGang an diesen Terrorakten nicht ausgeschlossen werden kann. Weitere Untersuchungen dazu laufen, auch wenn die Regierung die meisten Angehörigen der Opfer mit Geld zum Schweigen gebracht hat.



Karikatur: Rainer Hachfeld/ND

Kriminelle Wirtschaft

Der zweite Teil beschäftigt sich mit den Auswirkungen der BushGang auf die amerikanische Gesellschaft. Die Juristinnen Alison Parker und Jamie Fellner von Human Rights Watch beschäftigen sich mit den Verletzungen der Menschenrechte in den USA. Trevor Evans, englischer Wirtschaftswissenschaftler, der in Berlin lehrt und lebt, untersucht die Schwächen der amerikanischen Volkswirtschaft mit dem riesigen Doppeldefizit im Haushalt und in der Handelsbilanz, beide von der BushGang auf die Spitze getrieben. Ted Nace stellte zwei Kapitel seines Buches Gangs of America zur Verfügung. Der erfolgreiche Unternehmer beschreibt hier nicht nur, wie die neoliberale Ideologisierung von rechten Stiftungen in Gang gesetzt worden ist, sondern auch den Weg vieler Unternehmen, darin eingeschlossen die spektakulären Fälle Enron und WorldCom, in die Wirtschaftskriminalität. Auch die Wege, auf denen amerikanische Konzerne trotz gesetzlicher Verbote Geld an Parteien und Politiker schleusen, werden dort dargestellt. Jay Shaft, der selbst obdachlos war und in Florida ein Heim für Obdachlose leitet, untersucht die Folgen der Bush-Politik für die Armut in den USA. Und schliesslich analysieren Andrew Austin und Laurel Phoenix, beide Professoren an der University of Wisconsin, die Umweltpolitik der BushGang, die ja jetzt gerade wieder mit der zwangsweisen Öffnung eines Ölfelds in einem Naturschutzgebiet in Alaska Schlagzeilen gemacht hat.

Dollar und Pentagon

Der dritte Teil ist den internationalen Auswirkungen der amerikanischen Politik gewidmet. Noam Chomsky, der berühmte Professor für Linguistik am Massachusetts Institute of Technology und engagierte politische Publizist, diskutiert den aggressiven Charakter der amerikanischen Aussenpolitik. William Blum, früher Mitarbeiter des Ausussenministeriums und aus Protest gegen den Vietnamkrieg zurückgetreten, hat die lange Dokumentation der US-Interventionen in anderen Ländern seit 1945 beigesteuert. Von Michel Chossudovsky, Wirtschaftsprofessor in Ottawa, stammt das Kapitel über die globale Armut und den amerikanischen Beitrag dazu. Und den Schluss macht Andre Gunder Frank mit seiner Analyse der beiden Machtinstrumente der US-amerikanischen Regierung, dem Dollar und dem Pentagon.

Protest und Gegenbewegung

Nach diesem überaus deprimierenden Inventar US-amerikanischer Politik schliesst dennoch ein positives Kapitel über die Oppositionsbewegungen in den USA den Band ab. Es enthält alle wichtigen Internet-Adressen, so dass sich Interessierte auf diesem Weg sowohl über den Fortgang dieser Poli-

tik als auch über den amerikanischen Widerstand informieren können.

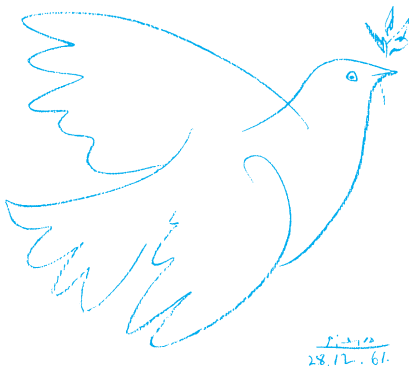
Gerne hätte ich noch mehr Material aufgenommen: Über die Rolle der religiösen Rechten z.B., die zwar von Andrew Austin angesprochen wird, aber noch genauere Analysen verdient hätte; über die Zerstörung des Bildungssystems gerade in dem Augenblick, in dem wir Europäer unter dem Namen «Bologna-Prozess» es kopieren; über die rabiatischen Kürzungen in der Sozialpolitik, die die Amerikaner ja nicht aufhören uns zu empfehlen, auch über die Kriegsvorbereitungen gegen den Iran, und zahlreiche andere Themen, über die ich wohl Material habe, aber für die in dem Buch kein Platz mehr war.

«Gesellschaft zerstören – Der neoliberale Anschlag auf Demokratie und Gerechtigkeit» ist einerseits kritisch gegenüber der US-amerikanischen Machtelique, andererseits aber geradezu ein Ausdruck der Solidarität mit dem anderen Amerika. Vor allem aber will es vor denen bei uns in Europa warnen, die den gleichen neoliberalen Weg propagieren. Somit ist es nur vordergründig ein Buch über das heutige Amerika – in Wirklichkeit ist es ein Buch über uns, über die Gefahr, dass wir uns selbst auf den so vorgezeichneten Weg begeben, und wieder einmal dem amerikanischen Diktat beugen könnten. Die Folgen wären verheerend. So wird Gesellschaft zerstört. Das ist die Botschaft des Buches. Manche mögen es einseitig nennen – aber wirklich einseitig ist bisher nur die vorherrschende Propaganda, gegen die wir hier mit Fakten argumentieren.



Weltmacht und Weltordnung, ein Buch des Woodrow Wilson-Biographen Klaus Schwabe über die US-Aussenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart. Das 500-Seiten starke und 68 Franken teure Werk aus dem NZZ-Verlag (Zürich, 2006) besticht durch seinen Faktenreichtum mehr denn durch die Schlussfolgerungen des Autors. Dieser setzt letztlich auf eine «liberale» Weltordnung unter Führung eines durch internationale Regeln gebundenen «Hegemon», eine Rolle, die er einer geläuterten USA zuschreibt.

ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch



Unsere Welt



Nach US-Angaben sind an der US-mexikanischen Grenze zwischen 1998 und 2004 etwa 2000 Menschen zu Tode gekommen (Foto: Dallen Timothy).

Wären sie doch bloss Kubaner...

Die Mauer muss her

Hunderttausende Lateinamerikaner versuchen jährlich, der Armut zu entfliehen und in die USA auszuwandern. Wer es überhaupt bis zur Grenze schafft, hat meist entsetzliche Entbehrungen hinter sich – und Tausende von Dollar an Fluchthelfer gezahlt. Nun soll die Tür zum Paradies noch fester verrammelt werden. Konservative Republikaner in Washington planen, die Einwanderungsgesetze zu verschärfen.

Von Felix Hapke

Als José Jalit González in Veracruz von dem Zug absprang, wünschte er sich geradezu, dass die Polizei ihn festnehmen würde. Drei Tage hatte er sich an dem Eisengestänge der Güterwagen festgeklammert und gegen den Schlaf gekämpft. Seine Kleider waren zerrissen, die Schuhe hatte er verloren. Der 22-Jährige dachte an sein Zuhause in Nicaragua, die kleine Rinderfarm seines Vaters, die er einen Monat vorher verlassen hatte, um auszuwandern. Tausende von Dollar hatte er an die Fluchthelfer bezahlt, die ihn in die mexikanische Hafenstadt verfrachtet hatten, von der aus er mit Bussen zur USA-Grenze weiterreisen wollte. Als Polizisten ihn in Puebla mit seinem falschen Visum verhafteten, versuchte José Jalit gar nicht mehr zu fliehen. Er war zu erschöpft.

Lange Reisen ins Ungewisse

Silvia Mercedes Rosa hatte schon eine längere Reise hinter sich, als sie in der Wüste von Arizona vor dem Güterwaggon stand, mit dem sie die letzte Etappe zurücklegen sollte. Sie blickte auf die Ladefläche. Sie war bis oben hin voll mit Kisten, die zur Decke kaum eine Armlänge Platz liessen. «Steig endlich ein, passiert schon nichts», herrschte sie der «Coyote» an. So werden die Fluchthelfer genannt, die lateinamerikanische Auswanderer über die Grenze zwischen Mexiko und den USA schmuggeln. Silvia dachte an die Geschichten, die sie gehört hatte von Emigranten, die in solchen Waggons erstickt waren. Doch sie dachte auch an den Weg, den sie zurückgelegt hatte. Sie hatte den Grenzfluss Rio Bravo auf einem schwimmenden Autoreifen überquert und war zehn Tage durch die Wüste

von Sonora in Arizona marschiert. Sie hatte einen Honduraner verdursten sehen. Es gab kein Zurück. Sie zwängte sich zwischen die Kisten. Sie hörte das Stöhnen der Mitreisenden. Mit einem trockenen Knall fiel die Tür zu.



Am 25. März 2006 demonstrierten über 1 Million Menschen in Los Angeles gegen die Immigrationspolitik der USA. (Foto A.N.S.W.E.R.)

Niemand kennt die genaue Zahl derer, die wie Silvia und José pro Jahr heimlich die Grenze ins vermeintliche Paradies überqueren wollen. 400 000 Auswanderer aus Lateinamerika hat die USA-Grenzpolizei im Jahr 2005 geschnappt und in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt. Wer es trotz der ständig schärfer werdenden Kontrollen schafft, hat meist einen Weg des Schreckens hinter sich.

Marodierende Maras

Für Mittelamerikaner beginnt dieser Weg an der Grenze zwischen Guatemala und Mexiko. Die USA-Migra-

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.
Auflage: 10 000
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,
Postfach 2113, CH-4001 Basel
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Marta Martin,
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander
E-Mail: sfb@bluewin.ch
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.
PC: 40-1627-7
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mithelfen.
Wie kann man helfen?
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis _____ Exemplare
«UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an:
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____

che, sind es sogar 80 Prozent. Im vergleichsweise reichen Costa Rica verdient eine Hausangestellte etwa 1700 Dollar im Jahr. Würde sie in die USA auswandern, könnte sie im Jahr 12 000 Dollar verdienen, so viel wie ein Rechtsanwalt in Chile und das Doppelte wie ein Taxifahrer in Uruguay. Selbst wenn sie keine Papiere hätte, könnten ihre Kinder in den USA zur Schule gehen, denn der staatliche Bildungsauftrag gilt dort auch für Illegale. Und sie könnte ihrer Familie Geld schicken.

45 Milliarden Dollar haben Auswanderer im Jahr 2005 nach Lateinamerika überwiesen. In Nicaragua ist das inzwischen die einzige und wichtigste Einnahmequelle für einen grossen Teil der Bevölkerung. «Menschen sind unser wichtigstes Exportgut», sagt der Journalist Douglas Carcache aus Managua, der ein Buch über die Auswanderung geschrieben hat.

Doch nicht nur in ihren Heimatländern, auch in den USA beleben die 50 Millionen Latinos die Wirtschaft. Ihre Kaufkraft wird auf 700 Milliarden Dollar geschätzt. Zwei Millionen Betriebe hätten Einwanderer in den letzten Jahren gegründet, die 300 Milliarden Dollar im Jahr netto verdienten und anderthalb Millionen Jobs geschaffen hätten, meldet die hispanische Handelskammer in den USA. Wirtschaftsverbände verweisen darauf, dass nicaraguanische Kindermädchen, mexikanische Erntearbeiter und honduranische Müllfahrer gebraucht würden. Deswegen gibt es Bestrebungen liberaler Abgeordneter, illegale Einwanderung nachträglich zu amnestieren. Derzeit sind sie jedoch in die Minderheit.

Die Hoffnung stirbt zuletzt

Das beste Geschäft freilich machen die Schlepperbanden. Die USA-Regierung schätzt ihre Einnahmen auf eine Milliarde Dollar im Jahr. Silvia Mercedes Rosa hatte ihrem «Coyoten» 4500 Dollar gezahlt, die Ersparnisse eines Lebens. «Was sollte ich machen, ich muss vier Kinder ernäh-

Die Gnade der politisch korrekten Herkunft

Anders als für Menschen aus Südamerika gilt die restriktive Einwanderungspolitik der USA nicht für Emigranten aus Kuba. Wobei die illegale Einwanderung hier geradezu Voraussetzung ist für eine sofortige Aufenthaltserlaubnis. Nur wer auf illegalem Weg von Kuba an die Küsten der USA gelangt, wird nämlich automatisch in den USA aufgenommen (Cuban Adjustment Act von 1966). Pech für jene Kubaner, die auf legalen Weg ausreisen wollen und in Havanna vergeblich auf ein US-Visum hoffen. Aber die kann man halt nicht als «politische Flüchtlinge» deklarieren.

ren, mein Mann ist arbeitslos», sagt sie heute. Die 40-Jährige hoffte auf einen Job als Hausmädchen und wollte später ihre Familie nachholen. Als sie jedoch in der Wüste Arizonas in den Waggon kletterte, dachte sie, «ich werde meine Kinder nie wieder sehen». Sie erinnert sich nicht, wie viel Zeit sie darin zubrachte, doch als die USA-Migrationsbeamten den Waggon öffneten, war sie dem Ersticken nahe. Obwohl ihre Auswanderung damit gescheitert war, sei sie dankbar gewesen. «Die Posten haben mein Leben gerettet.» In Abschiebehaft in San Antonio stellte sie fest, dass sie sogar Glück gehabt hatte. Die meisten Frauen, die mit ihr einsassen, waren vergewaltigt worden, von «Coyoten», mexikanischen Grenzposten oder den Maras. Ärzte nahmen Reihenabtreibungen vor.

Fünf Monate nach ihrem Aufbruch war Silvia Mercedes Rosa wieder in Nicaragua und verkauft nun abends Essen auf den Strassen von Leon. Es ist alles wie vorher. «Nur die 4500 Dollar sind weg», sagt sie und weint.

(Aus ND, mit freundlicher Genehmigung des Autors)

Einladung zur 55. Jahresversammlung der SFB

Sonntag, 18. Juni 2006, 10.30 – 16.00 Uhr
Restaurant Rheinfelderhof, Hammerstrasse 61, Basel

10.30 Uhr Geschäftlicher Teil, Verabschiedung des Jahresprogrammes 2006 der Schweizerischen Friedensbewegung SFB und gemeinsames Mittagessen (à la carte im Restaurant)

Kampf um Venezuela

Hugo Chavez und die bolivarianische Revolution.

Mit **André Scheer**, Journalist und Buchautor

Dazu berichten
Teilnehmer der Weltjugendfestspiele
vom Sommer 2005 in Caracas über ihre Eindrücke.

Die Jahretagung inkl. Morgensitzung ist öffentlich.